

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Ministerpräsident Dr. Markus Söder

Abg. Katharina Schulze

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Florian Streibl

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Hagen

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten

"Coronavirus"

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, Hohes Haus! Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Bayern steht vor einer historischen Bewährungsprobe – ich bin sicher: der größten seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir stehen einem neuen Gegner gegenüber: dem Coronavirus. Dieser Feind ist unsichtbar und stellt die ganze Welt, nicht nur Bayern, vor eine der größten Herausforderungen, die wir je erlebt haben. Das Coronavirus ist der bislang härteste Stresstest für unsere Medizin, Wirtschaft und Gesellschaft. Viele erinnern sich: Was als Meldung vom anderen Ende der Welt, aus einer chinesischen Provinz begann, hat mittlerweile weltweit 164 Länder ergriffen, und die Zahlen entwickeln sich global dramatisch. Auch die Staaten, die am Anfang skeptisch waren, und diejenigen, die den einen oder anderen lockeren Spruch gemacht haben, müssen erkennen, dass sie darunter leiden. Europa jedenfalls steht fest im Bann des Coronavirus. Alle unsere Nachbarn sind betroffen, ganz besonders Österreich, Italien und Frankreich.

Auch bei uns in Deutschland und vor allem in Bayern ist Corona voll angekommen. Wir haben, Stand heute früh, 2.282 gemeldete Infektionen und mittlerweile zehn Todesfälle und allein von gestern auf heute einen Zuwachs von 400 Infektionen sowie in den letzten Tagen pro Tag, von einem Tag auf den anderen, einen Zuwachs um 20 %. Man kann eines sagen: Die Fälle nehmen immer mehr und mit wachsender Rate zu, und die Infektionsketten sind immer schwerer zu verfolgen. Deutschland als Land liegt je nach Statistik, die man heranzieht, bei den Infektionsraten mittlerweile sogar vor Südkorea und Frankreich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Lage ist deswegen ernst; sie ist sehr ernst.

Das Schlimme ist: Derzeit gibt es keinen Impfstoff, kein Medikament, keine entsprechende Therapie. Daher gibt es auch keine Blaupause oder kein Patentrezept, wie man mit der Erkrankung medizinisch am leichtesten umgehen soll. Keiner kann etwas versprechen oder Prognosen abgeben oder gar Garantien für die Bewältigung dieser Krise geben, wie lange es dauern mag, wie schlimm es werden wird, wie viele betroffen sind.

Trotzdem: Wir als Land, als Parlament, als Staatsregierung sind fest entschlossen, diese Herausforderung gemeinsam zu meistern. Wir vertrödeln keine Zeit. Wir handeln besonnen, aber auch entschlossen. Wir gehen diese Pandemie gemeinsam an, ohne Panik, aber mit vollem Ernst. Ich verspreche Ihnen: Wir, auch ich, fokussieren uns zu 100 % auf diese Herausforderung. Wir haben eine Strategie zum Umgang mit Corona entwickelt, die täglich angepasst wird und angepasst werden muss; denn die Lage ist sehr dynamisch. Sie verändert sich täglich, und jedenfalls bisher leider nicht zum Guten.

Oberstes Ziel aller Aktivitäten ist der Schutz der Bevölkerung. Es gilt der Grundsatz: Sicherheit zuerst. Dabei achten wir auf das Primat der Wissenschaft. Wir handeln nach den Empfehlungen der Mediziner und Virologen, vor allem des Robert-Koch-Instituts und unseres Landesamtes für Gesundheit. Dies sind die obersten Stellen.

Bei 80 % der Erkrankten – das scheint auf den ersten Blick die gute Nachricht zu sein – sind die Symptome gering oder gar nicht ausgeprägt. Das Problem ist: All diejenigen sind aber Überträger und können die Krankheit auf andere übertragen. Corona ist hochinfektiös. Jeder kann jeden anstecken. Darin liegt die Herausforderung; denn es besteht ein besonders hohes Risiko für ältere Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen und Menschen mit einem geschwächten Immunsystem. Achtung: Man darf nicht glauben, dass es nur diese Menschen betrifft. In Italien und anderswo sind auch junge Menschen gestorben. In der Tat sind aber die Risikogruppen ältere Menschen und Leute mit Vorerkrankungen. Diese Menschen müssen wir besonders schützen. Wir haben den Auftrag, diesen Menschen besonderen Schutz anzubieten.

Jetzt geht es um Solidarität, auch mit der älteren Generation. Jeder von uns hat Eltern, Großeltern, Verwandte, die betroffen sein können. Sie alle liegen uns doch am Herzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deswegen brauchen wir jetzt, so wie die Kanzlerin gestern Abend sagte, ein Höchstmaß an bürgerlichem Verantwortungsbewusstsein. Jeder kann und jeder muss jetzt in dieser Krise seinen Beitrag leisten. Seien wir ehrlich: Es werden weiter Menschen sterben. Deshalb ist alles, was wir tun, nicht einfach nur von schneller Ermittlung geleitet. Wir nehmen nichts auf die leichte Schulter. Corona ist keine einfache Grippe, wie der eine oder andere meinte, sondern ein neues Virus und sehr gefährlich.

Da es eben noch kein Medikament und keine Impfung gibt – vielleicht kommt das irgendwann; das wissen wir heute nicht; wir müssen hier und jetzt entscheiden –, bleibt derzeit als einzige Möglichkeit, darauf zu reagieren, die Infektionen zu verlangsamen. Das einzige Instrument dafür ist, soziale Kontakte auszudünnen und das öffentliche Leben Stück für Stück herunterzufahren. Nur so gewinnen wir Zeit, damit das Gesundheitssystem in der Lage ist, den Stresstest zu bestehen. In Ländern, in denen die Entwicklung des Coronavirus sehr schlimm war, hat man zum Teil zu spät reagiert und sich zu spät darauf eingestellt. Deshalb ist dort das Gesundheitssystem komplett überlastet und überfordert, auf die Herausforderung zu reagieren.

Wir brauchen also Zeit, um das Gesundheitssystem hochzufahren. Selbst wenn im Moment bei uns eine Überlastung noch nicht eingetreten ist, lautet der öffentliche Auftrag, jetzt Vorsorge zu treffen, um dann für den schlimmsten Fall, der eintreten kann, optimale Versorgung zu gewährleisten.

Natürlich sind wir in Bayern gut vorbereitet. Deutschland ist gut vorbereitet. Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme. Beim Vergleich der Zahl der Intensivbetten zwischen Deutschland und zum Beispiel Italien schneiden wir viel, viel besser ab. Ob die Zahl unserer Intensivbetten aber ausreicht, ist völlig unklar. Wir denken: nein. Deswegen arbeiten alle – ich sage: alle – rund um die Uhr, um hier zu Verbesserungen zu kommen.

Bayerns Behörden sind im Gleichklang mit dem Bund, den anderen Ländern und auch Nachbarn im Ausland, wie zum Beispiel Österreich. Wir stehen in ständigem Kontakt. Wir wollen auf keinen Fall einen Kompetenzwirrwarr. Jetzt kommt es übrigens auch nicht darauf an, wer besser oder schneller handelt. Jeder tut seine Pflicht an seinem Platz, in seiner Verantwortung.

Besonders eng arbeiten wir mit den Kommunen zusammen, nämlich Hand in Hand, wie auch mit den Rettungsdiensten und dem medizinischen Personal vor Ort. Alle, wirklich alle Beteiligten müssen jetzt mit dem gleichen gemeinsamen Geist auf diese Bewährungsprobe reagieren.

Ich gebe zu: Die Maßnahmen, die jetzt schon getroffen wurden, sind einschneidend, besonders für eine freie Gesellschaft, wenn ich das sagen darf. Wir sind nicht eine Gesellschaft wie in China. Wir sind ein freies Land. Freiheit ist für unser Land ein ganz besonders hohes Gut. Wir heißen auch "Freistaat". Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass wir Maßnahmen, wie wir sie bislang schon beschlossen haben, einmal anordnen und hier im Landtag vortragen müssen. Ich gebe auch zu: Vor solchen Entscheidungen schläft man nicht gut. Man wägt sie auch ab. Man überlegt: Was ist das Richtige? Am Ende gibt es nur einen Maßstab: Was ist notwendig? – Da gibt es kein Zögern oder Taktieren. Es gibt eine Abwägung, es gibt eine Überlegung, und dann muss die Entscheidung getroffen werden. Dann ist es wiederum wichtig, diese Entscheidung gemeinsam, vernünftig und umsichtig, aber entschlossen umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist tatsächlich ein großer Test. Es ist ein Test für die Medizin, für die Wirtschaft und, ich glaube, vor allem für unsere Gesellschaft. Ich bin sicher, dass wir diesen Test bestehen können, aber ich bitte auch darum, dass alle mitmachen und für die Einschränkungen, die jetzt und vielleicht noch in der Zukunft stattfinden, Verständnis haben.

Unser Krisenmanagement war ein Versuch. Ob er gelungen ist, kann am Ende keiner beurteilen. Bis zum heutigen Tag war unser Ziel jedenfalls, vorausschauend zu agie-

ren und nicht nur zu warten, was passiert, sondern nach Lage der Dinge zu entscheiden und tägliche Updates und Vergleiche mit anderen – was passiert anderswo, was ist bei uns wichtig – zu machen.

Deswegen haben wir am Montag auch den Katastrophenfall ausgerufen, und zwar erstmals für das gesamte Land und nicht nur für einzelne Landkreise, wie wir das bei Hochwasser oder anderen Unwetterkatastrophen hatten. Der Katastrophenfall hat nicht den Sinn, Panik zu verbreiten, sondern er schafft die rechtlichen Möglichkeiten dafür, besser abgestimmt zu reagieren. Wir können damit Zuständigkeiten bündeln, die Steuerungs- und Eingriffsmöglichkeiten erweitern und optimieren und, allerdings nur wenn nötig, auch beschlagnahmen.

Ich sage ausdrücklich: Wir gehen in dieser Situation damit umsichtig, aber auch konsequent um. Was notwendig ist, wird gemacht. Die Leitung des Katastrophenstabs liegt jetzt bei der Staatskanzlei; denn wir müssen alle Kräfte und alle Ministerien aufeinander abstimmen und in einer Hand bündeln.

Um die ganzen Maßnahmen, die ich noch im Einzelnen aufzählen und erklären möchte, zu finanzieren, stellen wir in dieser Größenordnung als erstes Bundesland bereits jetzt eine massive finanzielle Hilfe für Medizin und Wirtschaft bereit; denn wir wollen klarmachen: Das soll allen Menschen im Land zugutekommen, die Hilfe brauchen.

Wir schaffen ein Corona-Sondervermögen von 10 Milliarden Euro, und wenn der Landtag das heute beschließt, hätten wir das auch tatsächlich auf den Weg gebracht. Etwas Vergleichbares gab es nur während der Finanzkrise. Das klare Signal ist: Wir lassen wirklich niemanden alleine.

Wir sind – das darf ich, glaube ich, sagen – im maximalen Krisenmodus. Die Bevölkerung und die Wirtschaft in Bayern können sich fest auf uns verlassen. Wir stehen Seite an Seite mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir lassen sie in dieser Krise nicht allein.

Um den Schutz der Bevölkerung zu erhöhen, müssen wir – ich habe das bereits angesprochen – die Infektionen verlangsamen. Deswegen sind seit gestern umfangreiche Maßnahmen in Kraft getreten. Ich hoffe wirklich sehr, dass die jetzt getroffenen Einschränkungen helfen. Sollten sie jedoch nicht rasch eine Wirkung zeigen, müssen wir – und ich möchte das ausdrücklich auch dem Hohen Haus sagen – weiter gehende Maßnahmen erwägen.

Gestern gab es in Mitterteich bereits eine Ausgangssperre und eine Abriegelung; denn in dieser kleinen Gemeinde wird ein relativ starkes Ausbruchsverhalten verzeichnet, und das ist die einzige Möglichkeit, darauf zu reagieren. Im Übrigen vermuten die Experten – das ist noch nicht endgültig bestätigt –, dass der Ausgangspunkt für die hohe Infektionsrate dort ein Starkbierfest war, das viele besucht hatten. Im Laufe dieses Tages wird im Nachbarlandkreis Wunsiedel bei zwei Gemeinden eine ähnliche Entscheidung getroffen werden. Das ist mit uns abgestimmt. Wir halten das auch für richtig; denn wir dürfen kein zweites Heinsberg oder Ischgl zulassen. Es ist jetzt wichtig zu reagieren, anstatt zu warten.

Viele helfen seit gestern mit, aber leider gibt es auch Berichte, dass sich viele nicht an die Empfehlungen halten. Im ersten Moment verstehe ich das. Das schöne Wetter verführt zum Rausgehen, zum Treffen mit Freunden an der Isar, im Englischen Garten, am Tegernsee oder vergleichbaren Orten in Bayern.

Wenn sich so viele Menschen aber nicht freiwillig beschränken, bleibt am Ende nur eine bayernweite Ausgangssperre als einziges Instrument, um darauf zu reagieren. Das muss jedem klar sein. Wir können nicht endlos zuschauen, sondern wir müssen dann entscheiden, und wenn es keine entsprechende Unterstützung gibt, müssen wir auch handeln.

Es liegt an jedem Einzelnen, seinen Beitrag zu leisten. Jeder soll Vernunft walten lassen und sich genau überlegen, ob und wann er wirklich nach draußen gehen muss, und in welcher Gesellschaft und mit wie vielen Personen. Derzeit kann noch der einfa-

che Grundsatz gelten: zur Arbeit, zum Lebensmitteleinkauf, zur Versorgung und, wenn man muss, zum Arzt – es gibt auch noch Menschen mit vielen anderen Erkrankungen als Corona –, oder wenn man anderen helfen will. Man kann natürlich nach draußen gehen, aber wenn es geht, eben allein.

Bleiben Sie sonst bitte zu Hause und laden Sie auch niemanden ein. Machen Sie, wenn es zum Beispiel um die Kinder geht, keine größeren Kinderpartys. Wir hören so etwas alles, und wir merken es auch. Aus diesem Grund bitten wir jetzt und geben die Empfehlung: Seien wir alle vernünftig und konsequent! Wir müssen das Infektionsgeschehen verlangsamen.

Wir dürfen nicht endlos zuwarten, zusehen. Es ist jetzt die Zeit für Entscheidungen. Wir haben gestern und vorgestern die Maßnahmen umgesetzt und hoffen, dass sie wirken. Es soll sich aber bitte keiner täuschen: Wir sind auch entschlossen, wenn es notwendig ist, andere Maßnahmen – nämlich eine Ausgangssperre – zu wählen.

An dieser Stelle noch ein deutliches Wort: Corona-Partys sind kein Spaß. Auch ältere Menschen anzuhusten und aus Jux "Corona" zu schreien, ist unerträglich. So etwas werden wir nicht dulden. Die Polizei und die Sicherheitsbehörden haben die klare Anweisung, dies zu unterbinden und auch jetzt schon bei bestimmten großen Partys einzuschreiten; denn ein solches Verhalten ist nicht richtig.

Das Gleiche gilt übrigens für Fake News oder Aktionen wie den Hacker-Angriff auf die bayerische Lernplattform Mebis. Auch dagegen werden wir uns mit Ordnungs- und Strafrecht wehren. Eine solche Situation fördert – das ist ganz normal – ein tolles Engagement, allerdings auch negative Seiten. Wir wollen das tolle Engagement stärken und die negativen Seiten im Blick haben und unterbinden.

Ich weiß, dass das öffentliche Leben in Bayern deutlich heruntergefahren ist. Nur noch zur Erinnerung, was wir in den letzten Tagen beschlossen haben:

Alle Freizeiteinrichtungen wurden geschlossen, und Veranstaltungen sind bis Ende der Osterferien nicht mehr erlaubt. – Wenn Sie nur sehen, wie sich die Dynamik in den letzten zehn Tagen entwickelt hat: Vor zwei Wochen gab es noch grundlegende Diskussionen, ob der Nockherberg als Starkbierfest nicht doch sein müsste. Ich bin dankbar dafür, dass im Laufe der Tage alle eingesehen haben, dass das nicht sinnvoll gewesen wäre, und mitgezogen sind.

Ostern – darauf müssen sich die Bayern einstellen – muss man dieses Jahr zu Hause verbringen.

Wir haben die Schulen, Kindertagesstätten und Kindergärten bis zum Ende der Osterferien geschlossen. Bayern war hier übrigens eines der ersten Bundesländer, die dies zum Schutze ihrer Bevölkerung angeordnet haben. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Schulen, bei den Lehrerinnen und Lehrern und bei den Eltern bedanken.

Wir haben eine Notfallbetreuung für die Kinder eingerichtet, deren Eltern in Bereichen wichtiger Infrastruktur tätig sind, zum Beispiel in der Gesundheitsvorsorge, beim Rettungsdienst oder bei zentralen Stellen von Staat, Justiz, Verwaltung und Medien. Es wird täglich überprüft, wie das funktioniert. Das gilt übrigens nicht nur für den Bereich Schule, sondern auch für den Bereich der Kitas und Kindergärten.

Meinen Respekt und ein Kompliment, das hat bislang wirklich sehr ordentlich funktioniert. Dafür geht auch ein Dankeschön an die Ministerien, das Sozialministerium, das Kultusministerium, und natürlich vor allem an die Eltern, die das Ganze mit auf den Weg gebracht haben.

(Allgemeiner Beifall)

Wir brauchen jetzt in der Steuerung noch einige Ergänzungen. Der Bund wird mithelfen – davon bin ich fest überzeugt, und der Bundesarbeitsminister hat es auch angesprochen –, dass den Eltern dauerhaft keine Nachteile in der Arbeit entstehen, insbe-

sondere dann, wenn sie wegen der Betreuung ihrer Kinder zu Hause bleiben müssen. Deswegen ist es wichtig, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall anzupassen.

Letzten Donnerstag gab es bei der Ministerpräsidentenkonferenz noch die Stimmung: Na ja, wenn ein Land das macht, ist nicht der Bund dafür zuständig. – Nachdem es jetzt aber ein national einheitliches Vorgehen gibt, würde uns das, glaube ich, allen helfen, wenn an der Stelle entsprechend reagiert wird.

Auch die Schülerinnen und Schüler sollen keine Nachteile erleiden. Jeder bayerische Abiturient soll unter vernünftigen Bedingungen sein Abitur machen können. Bayern wird – das wurde gestern entschieden – den Beginn der Abiturprüfungen vom 30. April auf den 20. Mai 2020 verschieben, damit die Schüler noch ausreichend Vorbereitungszeit für diese Herausforderung haben. Für alle anderen Abschluss- und Lehramtsprüfungen wird es entsprechende Regelungen geben.

Wir schränken das Besuchsrecht in Krankenhäusern, vor allem auch in Pflegeeinrichtungen, Altenheimen und Behinderteneinrichtungen drastisch ein; wir wollen de facto keinen Zugang mehr von außen; denn dort gibt es besonders relevante Risikogruppen, und es wären viele Menschen betroffen. Wenn Corona dort ausbrechen würde, könnte das zu einer ganz schwierigen, schlimmen Situation führen.

Deswegen die Bitte um Verständnis für diese Einschränkungen, auch wenn das dazu führt, dass man familiär wichtige Kontakte einmal nicht wie bisher wahrnehmen kann. Das ist aber absolut notwendig.

Das öffentliche Leben wird weiter eingeschränkt. Seit gestern sind Speiselokale und Betriebskantinen nur noch von 6 bis 15 Uhr geöffnet – mit weniger als dreißig Gästen und, so wie hier im Landtag – danke, Frau Präsidentin, für die Umsetzung dieser Maßnahmen –, mit entsprechendem Abstand. Eine gastronomische Versorgung gibt es über To go, Drive-ins und Ähnliches.

Außerdem haben wir noch einmal ausdrücklich klargestellt, dass diese Regelung nicht nur für Speiselokale, sondern auch für Biergärten, Terrassen, Cafés und Eisdielen gilt. Auch da bitte ich um Verständnis: bei schönem Wetter alles in eine Richtung.

Trotz der Schließung aller anderen Geschäfte bleibt die öffentliche Versorgung natürlich erhalten. Der Lebensmittelhandel hat selbstverständlich geöffnet und wird bei Bedarf sogar erweiterte Öffnungszeiten haben. Wir stehen in engem Kontakt mit dem Lebensmittelhandel. Es hat in dieser Hinsicht schon verschiedene Gespräche gegeben.

Mein Appell: Es gibt wirklich keinen Anlass zu Hamsterkäufen, insbesondere von speziell nachgefragten Produkten. Die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Produkten ist wirklich gesichert.

Ich habe mich gestern gemeinsam mit der Landwirtschaftsministerin in einem großen Verteilzentrum noch einmal davon überzeugen lassen, dass alles da ist. Wenn es Probleme geben sollte, dann vor allem dadurch, dass zu schnell und zu viel gekauft wird. Vielleicht könnte es auch Probleme mit der Logistik geben.

Wir müssen auf die Logistik achten. Die Logistik ist wichtig. Es kommt also darauf an, den Erhalt der Waren- und Lieferketten über die Grenze zu gewährleisten. Deswegen ist es wichtig, an der jetzt weitgehend geschlossenen und nur noch für Pendler offenen Grenze, eine "fast lane" für Lebensmittellieferungen einzurichten. Wir haben das dem Bund vorgeschlagen und bitten dringend um entsprechende Unterstützung.

Wir brauchen auch bei uns im Land sehr unbürokratische Verfahren, beispielsweise für alle Lkw-Fahrer. Es könnte übrigens auch sein, dass wir vor allem die Anlieferungen in den Großstädten etwas früher als derzeit machen werden. Im Moment ist es so, dass in den Supermärkten und Läden sehr früh gekauft wird. Dann entsteht ein unguutes Gefühl. Manches kann dann aber während des Tages zwei- oder dreimal nachgeliefert werden.

Noch einmal mein Appell: Keine Hamsterkäufe! Es bringt übrigens auch nichts, jetzt tagelang frisches Obst zu kaufen. Auch beim Obst gibt es entsprechende Entwicklungen, sodass es nicht für drei Wochen halten wird. Das ist allgemeine Lebenserfahrung. Bitte gehen Sie das mit praktischer Lebensvernunft an. Getränkemarkte, Banken, Apotheken, Drogerien, Post, Tierbedarfsgeschäfte, Tankstellen und Reinigungen – alles hat geöffnet.

Wichtig ist auch, dass wir noch einmal alle betreffenden Branchen gebeten haben, in den geöffneten Geschäften auf den Schutz der Mitarbeiter zu achten; dies betrifft beispielsweise die Kassiererinnen. Wir sind auch hier verpflichtet, zu helfen und mitzumachen. Es gibt bereits eine Reihe von intelligenten Ideen zum Schutz der Mitarbeiter. Teilweise werden Plexiglasscheiben an den Kassen angebracht. Es gibt auch gute Ideen, wie man den entsprechenden Abstand organisieren kann.

Ich sage auch, wir haben die Polizei dafür sensibilisiert, für einen vernünftigen Ablauf zu sorgen und darauf zu achten, was in den entsprechenden Einrichtungen passiert. Ein großer Dank gilt den Beschäftigten in solchen Lokalen und Einrichtungen.

(Allgemeiner Beifall)

Das öffentliche Leben wird herunter-, die medizinischen Kapazitäten werden hochgefahren. Das ist deswegen wichtig, weil es hier um Leben und Tod geht.

Wir richten deswegen die ganze Medizin in Bayern auf die Bewältigung des Coronavirus aus. Das geschieht etwa in administrativer Hinsicht. Die Ämter und die Hotlines waren spürbar überlastet. An einzelnen Tagen gab es zeitgleich mehrere Tausend Anrufe. Wir haben deswegen etwas gemacht, was es bis dahin nicht gab: Ich habe entschieden, die Gesundheitsämter personell kurzfristig um über 400 Mitarbeiter aus anderen Behörden aufzustocken. Danke dafür, dass alle mitarbeiten!

Hier geht es übrigens nicht nur um medizinische Tätigkeiten, sondern um Tätigkeiten am Telefon und um statistische Tätigkeiten zum Nachvollziehen der Infektionsketten. Auch wird die Hotline – 116 117 – personell aufgestockt und besser erreichbar.

Wir fahren, wo es nur geht, die Testkapazitäten massiv hoch. Das ist im internationalen Vergleich übrigens bislang eine der Stärken Deutschlands. Wir haben ein relativ effektives und gut ausgestattetes Testwesen. In Bayern werden pro Tag aktuell über 2.700 Tests durchgeführt. Man kann sagen, dass wir die Kapazitäten stündlich erhöhen. Es gibt bereits 32 mobile Testzentren. In dieser Hinsicht danke ich den Kommunen. Die Kommunen arbeiten toll mit und leisten ihren Beitrag. Wir werden die Testkapazitäten unter Einbindung der privaten Labore, die in Deutschland strukturell einzigartig aufgestellt sind, noch mal massiv erhöhen.

Wir setzen allerdings Prioritäten. Vorrangig werden Menschen mit klaren Symptomen getestet. Mein Appell: Wer Symptome spürt, soll sich bitte testen lassen! Es muss sich aber nicht jeder, der keine Symptome hat, einfach aus gefühlsmäßiger Sorge heraus mehrfach testen lassen. Wir konzentrieren uns jetzt auf Menschen mit Symptomen.

Tests und Verwaltung sind das eine. Das andere sind die Krankenhäuser.

In den Krankenhäusern hat jetzt die Versorgung von Corona-Patienten und die Schaffung von Behandlungskapazitäten hohe Priorität. Wir sorgen in Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern dadurch für ausreichend Kapazitäten, dass alle nicht notwendigen Behandlungen und Operationen verschoben werden. Das gilt natürlich nur, soweit es medizinisch vertretbar ist. Jemand, der krank ist, muss sich darauf verlassen können, dass ihm das Gesundheitssystem hilft. Es besteht kein Anlass zur Sorge, dass die normale medizinische Versorgung, die für viele Menschen absolut lebensnotwendig ist, nicht gewährleistet würde. Aber das, was verschiebbar ist, soll verschoben werden. Auf diese Weise wollen wir entsprechende Kapazitäten freibekommen. Wir bitten dafür um Verständnis und Solidarität.

Wir wollen zudem die Zahl der Intensivbetten verdoppeln. Im Moment haben wir in Bayern 4.000 Behandlungsplätze mit Beatmungsmöglichkeit. Wir werden neben den kommunalen Krankenhäusern, die die erste Anlaufstelle darstellen, alle Krankenhauskapazitäten, die in Bayern zur Verfügung stehen, in den Corona-Vorsorgeplan einbeziehen. Wir beziehen also sämtliche Uni-Kliniken ein.

Klar formuliert lautet die Philosophie: Die Versorgung hat jetzt absoluten Vorrang vor der Forschung. Ich bin dem Wissenschaftsminister und den Uni-Kliniken sehr dankbar dafür, dass in dieser Hinsicht alle mitziehen.

Wir nutzen unseren strategischen gesundheitspolitischen Vorteil, der darin besteht, dass wir neben starken Uni-Kliniken auch Reha-Kliniken haben. Kein Bundesland hat hier mehr Kapazitäten als Bayern. Die Reha-Kliniken werden ebenfalls in den Corona-Vorsorgeplan integriert. Auch hier ziehen alle an einem Strang. Ich bedanke mich dafür. Entsprechende Betten werden so frei gemacht, dass sie für Corona-Patienten nutzbar sind.

Was wir in diesen Tagen ganz klar sagen und was für alle, besonders aber für die kommunalen Krankenhäuser gilt: Wir spannen zusammen mit dem Bund einen Schutzschirm bezüglich der Abrechnungen. Denn es ist klar, dass das Freihalten von Kapazitäten zu wirtschaftlichen Verlusten führt. Auch ist die finanzielle Abdeckung der Behandlung von Corona-Patienten im Vergleich zu anderen medizinischen Abläufen noch nicht richtig erfasst. Deswegen ist ganz klar: Es wird alles geregelt und finanziert werden. Den Krankenhäusern sollen keine Verluste entstehen. Niemand soll überlegen müssen, ob er eine Behandlung abrechnen kann. Was medizinisch nötig ist, muss und wird gemacht werden.

Neben zusätzlichen Krankenhausbetten müssen wir mehr medizinisches Personal mobilisieren. Dabei setzen wir zum einen auf Medizinstudenten, von denen schon jetzt 500 im Einsatz sind. Im Notfall könnten wir die Zahl auf bis zu 5.000 hochfahren. Auch hier danke ich für die entsprechende Bereitschaft.

Wir werden uns auch überlegen, wie wir, wie in anderen Ländern der Fall, sehr flexibel mit Examina umgehen könnten. Man könnte Leute, die kurz vor dem Examen stehen, bereits fest in den Dienst nehmen, um auf diese Weise entsprechende Kapazitäten zu schaffen.

Wir bitten außerdem Ärzte, die jetzt gerade vielleicht in Elternzeit oder erst kurzzeitig pensioniert sind, darum, sich für den Ernstfall bereitzuhalten.

Wenn man das so sagen darf, das derzeit größte Problem besteht nicht in der Entwicklung der Kapazitäten. Diese läuft, auch bezüglich des Personals, in die richtige Richtung. Das größte Problem besteht derzeit beim medizinischen Material.

Es gibt in ganz Deutschland – ehrlich gesagt: in ganz Europa – Engpässe bei Beatmungsgeräten und Schutzmasken. Wir stehen in enger Zusammenarbeit mit dem Bund. Der Bund sieht sich an dieser Stelle auch selbst in der Verpflichtung, seinen Beitrag zu leisten. Wir müssen aber unseren Beitrag auch leisten. Es geht nur Hand in Hand.

Übrigens darf es hier nicht zu einem Wettbewerb der Länder kommen, unter dem Motto, wer am schnellsten bestellt, bekommt am meisten. Es ist – wie immer in solchen Situationen – schnell erkennbar, was auf den Märkten mittlerweile an Glücksrittertum und Unehrllichkeit unterwegs ist.

Wir haben aktuell tausend neue Beatmungsgeräte gekauft und werden noch weitere erwerben. Außerdem haben wir eine Meldepflicht für Beatmungsgeräte eingeführt. Unzählige Beatmungsgeräte sind in Privatkliniken und Privatpraxen vorhanden. Auch gibt es bei den Rettungsdiensten eine Reihe von älteren Beatmungsgeräten, die eigentlich ausgetauscht werden sollten, jetzt aber für die Versorgung von Corona-Patienten genutzt werden können. Die gesamte Palette der Geräte ist für die jeweiligen medizinischen Notfälle relativ gut nutzbar. Ich sage auch hier: Notfalls müssen wir beschlagnahmen.

Besonders schwierig ist die Versorgung mit Schutzmasken. Sie haben das sicherlich den Medien oder Gesprächen mit Arztpraxen und Krankenhäusern entnommen. Die ganze Welt bestellt, und keiner liefert. Zum Teil scheitert es, weil auch aufgrund von Zollbestimmungen der Waren- und Lieferverkehr in Europa schwierig ist. An dieser Stelle wäre ein in Europa besser aufeinander abgestimmtes Verhalten wirklich wichtig. Jede einseitige Maßnahme, die insbesondere an den Grenzen getroffen wird, wird zu erheblichen Problemen gerade für die Versorgung mit Schutzmasken führen.

Zum Glück habe ich heute Morgen von Bundesminister Spahn die Nachricht erhalten, dass der Bund seine Lieferung erhalten hat. Spätestens morgen werden 800.000 Schutzmasken nach Bayern kommen. Diese werden über das Gesundheitsministerium an die Krankenhäuser und über die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns an die Arztpraxen verteilt werden. Für den Moment ist das ein sehr gutes Signal. Wir verlassen uns aber nicht nur darauf, sondern die Gesundheitsministerin hat auch selbst Bestellungen getätigt.

Folgender Punkt war ohnehin zu überlegen: Auffallend ist, dass wir selbst bei einfachsten Produkten nicht mehr in der Lage sind, Kapazitäten im Land aufzubauen. Absurderweise werden die Kapazitäten in anderen Ländern nahezu ausschließlich mit Maschinen aus Deutschland geschaffen. Positiv ist, dass wir uns auf den Weg gemacht haben und die Produktion von Masken durch mittelständische bayerische Unternehmen angeleiert haben. Spätestens ab nächster Woche werden solche Masken auch in Bayern produziert werden – hier gilt mein besonderer Dank dem Staatsminister Hubert Aiwanger, der sich persönlich sehr engagiert hat. Ich sage dies alles nicht, um Panik zu verbreiten, sondern um zu zeigen: Wir sind für den Ernstfall vorbereitet. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Dieser wird kommen.

Ich komme nun zum letzten großen Punkt. Der erste Teil meiner Rede hat das öffentliche Leben und unsere Gesellschaft und der zweite Teil die medizinische Versorgung betroffen. Der dritte Teil – ich befürchte, dass uns dieser genauso wuchtig treffen wird

und vielleicht sogar noch für längere Zeit nachwirken wird – ist die wirtschaftliche Situation.

Das Coronavirus infiziert die gesamte Wirtschaft. Das ist ein schwerer Schock, den die meisten noch nicht richtig auf dem Schirm haben. Es geht nicht nur darum, für ein paar Wochen zuzumachen. Das Coronavirus erfasst die globale Wirtschaft. Die Wirtschaftspandemie wird global eintreten. Auch bei uns gibt es bereits erste Entwicklungen: Die großen Automobilfirmen sperren einfach einmal zu. Massivste Umsatzeinbußen drohen. Betriebe stehen vor dem Aus. Die Steuereinnahmen werden fundamental ein- und wegbrechen – das ist nicht zuletzt für den Staat und den Landtag wichtig. Das trifft uns alle: Unternehmer, Arbeitnehmer, alle Familien und den Staat. Ich befürchte eine tiefgreifende Rezession. An den Börsen, dem Fieberthermometer für die wirtschaftliche Entwicklung schlechthin, stürzen die Kurse drastisch ab. Mehrfach schon mussten Börsenhandel ausgesetzt werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Krise schlimmer werden kann als die Finanzkrise; denn die Betroffenheiten sind zum Teil wesentlich größer und deutlicher.

Deshalb haben wir in Bayern entschieden – ich glaube, alle Bundesländer in Deutschland machen das –, alles zu tun, was notwendig ist, um unsere Wirtschaft zu stützen. Dabei geht es nicht nur um die Unternehmen, sondern auch um alle betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Whatever it takes – dieser Satz aus der Eurokrise gilt für Bayern. Wir kümmern uns, wir lassen niemanden hängen, und wir werden reagieren.

Mir ist wichtig, dass wir uns nicht nur um die ganz großen Unternehmen kümmern werden, sondern auch um die kleinen. Too big to fail, das war die Bankenphilosophie. Darum geht es jetzt nicht. Es geht jetzt gerade um den Mittelstand und um die vielen kleinen Betriebe, die das Rückgrat der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Bayerns sind. Wir sind dem Bund dankbar, dass er bereits erste Schritte unternommen hat. Ich habe als Vorsitzender meiner Partei im Koalitionsausschuss mitwirken können, als es um die deutliche Aufstockung und Verbesserung des Kurzarbeitergeldes ging. Das

war ein wichtiger erster Schritt. Wir werden das Kurzarbeitergeld übrigens weiterentwickeln müssen; der Bund ist sensibilisiert. Wir brauchen das Kurzarbeitergeld für Betriebe, die ganz schließen oder kaum mehr arbeiten. Das Kurzarbeitergeld ist ein strategischer Vorteil, den es fast nur in Deutschland gibt. Dieser Vorteil hat uns in der Finanzkrise schon einmal geholfen. Man sollte ihn dringend reaktivieren, ausbauen und auf die Corona-Herausforderung anpassen.

Der zweite Schritt des Bundes sind große Bürgschaften und Darlehen durch die KfW. Ein großes Paket wurde aufgelegt. Vermutlich wird überdacht werden müssen, ob es nicht noch höhere Finanzierungszusagen statt der bisherigen bis zu neunzig Prozent braucht. Die Risiken von nur zehn Prozent führen dazu, dass sich die Banken zum Teil schon jetzt sehr stark zurückhalten. Das gilt dann auch für die LfA in Bayern. Wir haben entschieden, den Bürgschaftsrahmen zu verfünffachen. Im Grunde genommen steht der Staat für fast jeden Kredit, der über die Hausbank bzw. LfA kommt, bereit. Wir können keine höheren Zahlen als der Bund machen, da diese Maßnahme bei der EU zertifiziert werden muss. Daher ist es umso wichtiger, darüber nachzudenken, einen höheren Ansatz festzulegen und eine Steuerung zu etablieren. Ansonsten wird die Wirkung des großen Pakets verpuffen.

Wir haben bereits erste Gespräche mit Vertretern der Wirtschaft, der Kammern und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft geführt. Heute werde ich mit Vertretern der Gewerkschaften sprechen, morgen mit Vertretern der Banken. Den Banken, auch den Hausbanken, muss klar sein, jeder steht in der Verantwortung, seinen Beitrag zu leisten. Es reicht nicht, nur auf sich zu schauen. Die gesamte Wirtschaft unseres Landes befindet sich in einer Bewährungsprobe.

Der Bund sorgt für Darlehen. Am Ende wird jedoch mehr kommen müssen. Wir werden auf nationaler Ebene noch ein großes neues Finanz- und Konjunkturpaket brauchen von 100, eher 150 Milliarden Euro. Ohne eine derartige Summe wird es nicht gehen, auch vor dem Hintergrund der Summen, die anderswo investiert werden. Dazu gehören nicht nur Kredite. Wir brauchen weitere nationale Soforthilfen für Betriebe, die

teilweise Übernahme von fälligen Mietzahlungen und Darlehenszahlungen von Unternehmen, wenn sie ihre Mitarbeiter in der Krise im Betrieb behalten. Ich plädiere sehr dafür, dass Steuern wie die Stromsteuer oder die EEG-Umlage in den nächsten drei Monaten schlichtweg ausgesetzt werden. Diese Aussetzung ist für etliche ein entscheidendes Instrument.

Ich unterstütze das Motto des Bundesfinanzministers Olaf Scholz sehr: "Nicht kleckern, sondern klotzen". Das gilt für uns in Bayern genauso. Ich habe gerade schon davon gesprochen, wie wir uns in den letzten Tagen unterstützt und untergehakt haben. Unser Programm umfasst jetzt 10 Milliarden Euro. Dazu gehören massive Steuerstundungen ohne Zinszahlungen. Diese sind bereits seit dieser Woche durch den Finanzminister möglich. Zudem gibt es den bayerischen Rettungsschirm zur Sicherung der Liquidität – das ist entscheidend.

Wir brauchen weder national noch jetzt in Bayern Investitionszuschüsse oder -unterstützungen. Diese werden im Moment verständlicherweise nicht getätigt. Jeder hält Investitionen zurück. Es geht alleine um die Liquidität. Die Sicherung der Liquidität hat ökonomische Priorität, sonst steht am Ende überall die Insolvenz. Überleben, schlichtes Überleben, ist derzeit die Devise für unsere Wirtschaft.

Unser Bayerschirm besteht aus unterschiedlichen Instrumenten, die ich bereits angesprochen habe: Auf der einen Seite soll der Bürgschaftsrahmen der LfA deutlich erhöht werden. Auf der anderen Seite steht der Bayernfonds, ein Instrument, das es während der Finanzkrise in ähnlicher Form gab. Der Staat ist bereit, bei Mittelständlern für die Zeit der Krise einzusteigen, um Liquidität, Bonität und auch Arbeitsplätze zu sichern. Sobald es aus der Krise herausgeht, wird der Staat als Partnerbeteiligter abspringen, und dann können die Mittelständler alleine weitermachen.

Ein Instrument, welches es momentan nur in Bayern gibt und das die anderen Bundesländer unbedingt auch anwenden sollten, ist die Zahlung direkter Soforthilfen an Betriebe, die durch staatliche Maßnahmen wie die Schließung von Geschäften in Not

geraten sind. Diese Hilfe richtet sich vor allem an die Kleinen – wenn ich das so sagen darf –, an die Gastronomie, die Wirte, die Tourismusbranche, die Taxler, die Messebauer, den Handel, die Freiberufler und die Kulturschaffenden, die häufig von der Hand in den Mund leben. Die vielen guten Vorschläge im Parlament werden jetzt gebündelt. Kurz: Es geht um die kleineren Betriebe bis hin zu Ein-Mann-Betrieben. Diese leisten einen tollen Beitrag für unser Land. Wir lassen sie nicht alleine. Sie erhalten eine schnelle und unbürokratische Soforthilfe von bis zu 30.000 Euro, die nicht zurückgezahlt werden muss. Das ist kein Kredit.

Der zweite Schritt ist die Beantragung von Darlehen und Krediten. Dafür braucht es eine ausführliche Regulation. Wir gehen einen ähnlichen Weg wie bei der Fluthilfe. Diese hat damals vielen Betroffenen sehr geholfen, gerade am Anfang die Liquidität zu sichern. Im Übrigen schaffen wir damit auch eine psychologische Motivation, dabei-zubleiben und nicht aufzugeben. Die Formulare sind seit gestern online. Die Auszahlung kann bereits ab morgen durch die Bezirksregierungen und die Landeshauptstadt München erfolgen.

Meine Damen und Herren, so schnell und so direkt hilft im Moment nur der Freistaat Bayern. Wir appellieren an alle, diesem Beispiel auch in anderen Bundesländern zu folgen. Das ist ein gutes Signal für unsere kleinteilige Wirtschaft.

(Allgemeiner Beifall)

10 Milliarden Euro sind eine Menge Geld. Ich hoffe übrigens, dass es reicht, wenn ich mir die Prognosen der Wirtschaft im Moment ansehe. Ich hoffe, dass das reicht! Wir wollen das alles finanzieren, hier hoffe ich auf die Unterstützung des Landtags, indem wir die Schuldenbremse für dieses Jahr aussetzen, wie das nach der Bayerischen Verfassung möglich ist. Wir setzen die Schuldenbremse aus. Diese Möglichkeit ist genau für so einen Fall vorgesehen, ein Ereignis, mit dem niemand rechnen kann, das globale Auswirkungen hat und auf das wir reagieren müssen.

In außergewöhnlichen Krisen bedarf es außergewöhnlicher Maßnahmen. Man sieht das hier im Landtag an der Sitzordnung. Wer hätte sich je gedacht, dass wir einmal in dieser Form zusammenkommen? Jetzt ist nicht die Zeit für eine Fiskalpolitik aus dem Lehrbuch. Wir müssen jetzt mit größtmöglichem Krisenengagement und maximalem Einsatz für den besten Schutz sorgen, damit Bayern diese Krise überstehen kann. Die Staatsregierung hat entschieden. Der Haushaltsausschuss hat, glaube ich, auch entschieden. Vielen Dank dafür. Frau Präsidentin, heute soll auch hier ein entsprechender Beschluss auf den Weg gebracht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist im Moment die Lage, jetzt, zu dieser Stunde. Dies ist wohl nur ein Zwischenstand. Jeder Einzelne und auch ich ganz persönlich befinden uns in einer schwierigen Situation: Wir leben gerade in zwei Geschwindigkeiten. Zum einen verlangsamt sich das öffentliche Leben deutlich, zum anderen nehmen die Maßnahmen, die zu treffen sind, ständig an Tempo auf. Immer dann, wenn man glaubt, man hätte eine ausreichende Maßnahme bereits beschlossen, ergibt sich nach zwei bis drei Tagen eine neue Situation. Wir müssen den Menschen, der Verwaltung und den Behörden schließlich auch die Zeit geben, diese Maßnahmen umzusetzen. Das macht es nicht einfach. Ich persönlich hätte es nie für möglich gehalten, in welchen Dimensionen wir heute politisch denken und handeln müssen.

Ich möchte einen Dank an alle sagen: Wir in Bayern ducken uns nicht weg, und wir laufen auch nicht hinterher. Wir wollen diese Krise auch nicht aussitzen. Wir handeln gemeinsam, und wir handeln für alle. Dies ist nicht nur für die Gesellschaft, für die Wirtschaft und für die Medizin eine Bewährungsprobe. Das ist auch eine Bewährungsprobe für uns alle, für die öffentliche Verwaltung, für den Staat und für die Politik. Bislang stellen wir alle uns dieser Herausforderung mit sehr kühlem Kopf, wachem Verstand, aber auch – das ist wichtig – mit einem mitfühlenden Herz.

In dieser Situation ist es auch wichtig, Verständnis zu haben. Wir dürfen nicht nur entscheiden, was notwendig ist, sondern müssen auch bedenken, wie viele Menschen

diese Entscheidung betrifft. Viele Menschen sind unbesorgt. Es gibt aber auch viele Menschen, die wirkliche Sorgen und manchmal auch Angst haben. Auch an diese Menschen müssen wir denken. Unsere Aufgabe ist es, diesen Menschen Stabilität zu vermitteln und ihnen zu zeigen, dass wir da sind, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen und dass wir danach handeln. Das alles gehört zusammen.

Wir sind entschlossen, wir haben aber auch Hoffnung; denn in jeder Krise liegt auch irgendeine Chance. Das hat Frau Präsidentin Aigner angesprochen. Natürlich verhalten sich die allermeisten Menschen verständnisvoll, geduldig und mitfühlend. Ich bin sicher, dass einige jetzt über sich hinauswachsen werden. Während die Bayern körperlich auf Distanz gehen, rücken wir emotional ganz nah zusammen. Wir sehen im Land vieles, was uns stolz macht: Nachbarn, die helfen, Schulkinder, die Einkäufe für ältere Menschen erledigen, und Familien, die zusammenrücken und sich neu organisieren. Es gibt noch vieles, was jeder Einzelne tun kann. Die Menschen sollten nicht nur an sich denken, sondern auch an andere. Wir können jetzt zeigen, was für ein solidarisches Land wir sind. Ich möchte aber ausdrücklich feststellen, solidarisch ist es nicht nur, für andere einzukaufen, sondern es ist auch solidarisch, dass wir aufeinander achten. Jeder trägt Verantwortung, vor allem dafür, dass kein anderer angesteckt wird.

Deshalb noch einmal mein dringender Appell an die Jüngeren, die besonders mobil sind, die ins Leben hinausgehen wollen und die überall hören: Mich kann es nicht so treffen. Sie haben eine besondere Verantwortung. Ich appelliere ganz dringend an Sie: Auch wenn Sie von Corona körperlich nicht so betroffen sind, Sie können andere anstecken! Deshalb sollte bitte jeder Einzelne für sich, für die Familie und uns alle Verantwortung übernehmen. Dies ist für unser Land ein Charaktertest. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir können diesen Test bestehen.

Zum Schluss möchte ich danken: Ich danke allen, die sich für unsere Mitmenschen einsetzen, den Ärzten, den Pflegern, den Krankenschwestern, den Kassiererinnen in Supermärkten, den Lageristen und den Lkw-Fahrern, die wir derzeit dringend brau-

chen. Ich danke auch allen Sicherheitskräften, der Polizei und den Rettungsdiensten, die schon für schwierige Zeiten in Hab-Acht-Stellung stehen. Ich danke den Eltern, den Familien, den Lehrerinnen und Lehrern, den Betreuern in den Kitas und allen, die mithelfen.

Ich sage auch meinem Kabinett ein herzliches Dankeschön. Jeder ist im Krisenmodus und arbeitet mit. Auch die bayerische Verwaltung steht in einer einheitlichen Linie. Ich möchte ganz persönlich dem Hohen Haus und auch den Oppositionsparteien danken. Ich bin sehr beeindruckt, wie wir bei allen Unterschieden, die wir haben, und allen Nachfragen, die es geben wird, in dieser Zeit an einem Strang ziehen. Ich finde, das ist ein gutes Signal an unsere Bevölkerung. Die Bevölkerung weiß, dass Politiker nicht nur reden, sondern auch zusammenstehen können, wenn es ernst wird. Sie können Entscheidungen treffen, die für das Land und für die Menschen von Bedeutung sind. Vielen Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Die Situation im Land ist für alle schwierig. Sie ist neu. Ich kann noch keine Entwarnung geben. Aber eines sage ich: Wir kommen da schon durch. Es wird auch eine Zeit nach Corona geben. Bayern wird auch danach noch da sein. Unsere Aufgabe ist es jetzt, dafür zu sorgen, dass wir gut durch diese schwere Zeit kommen, damit wir danach wieder durchstarten können. Das ist jetzt die Aufgabe der Politik und von uns allen. Wir arbeiten dafür, dass wir in Bayern diese Krise gemeinsam durchstehen können. Deswegen, meine Damen und Herren, bleiben Sie gesund! Für alle, die so wie ich beten und gläubig sind, sage ich: Gott schütze unsere Heimat! Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall – Standing Ovationen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, nicht nur für diese Rede, sondern auch für Ihren Einsatz in den letzten Tagen. – Ich eröffne jetzt die Aussprache. Wir haben 60 Minuten Redezeit. Der Ministerpräsident hat verständlicherweise

se und auch notwendigerweise länger als vereinbart gesprochen. Daher werde ich mit den Redezeiten sehr kulant verfahren. Angesichts der jetzigen Situation appelliere ich aber auch an die Fraktionsvorsitzenden, die Redezeiten im Rahmen zu halten. – Als Erste hat Frau Kollegin Schulze das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Monaten war Corona noch ein Virus in einer Provinz in China, weit weg von uns und unserer Realität. Doch diese hat uns schnell eingeholt, schneller, als viele sich das hätten vorstellen können. Unser Land und seine Menschen stehen vor Herausforderungen, die wir so bisher noch nicht erlebt haben. Jetzt sind wir alle gefragt. Wir müssen die Ausbreitungskurve des Virus verlangsamen, die Erkenntnisse der Expertinnen und Experten aus den verschiedenen Bereichen zur Grundlage unseres Handelns machen und die Auswirkungen von Corona auf unsere Gesellschaft, so gut es geht, abfedern.

Das wird weder leicht sein, noch wird es schnell gehen oder billig sein. Aber ich bin davon überzeugt, wenn wir zusammenhalten, werden wir auch diese Herausforderung bewältigen. Deswegen hat die Fraktion der GRÜNEN noch folgende konstruktive Anregungen:

Unsere Losung lautet: Am besten testen! Das ist in Südkorea geschehen. Infektionen sollten möglichst früh erkannt und die betroffenen Menschen isoliert werden. Die Betroffenen müssen schnell behandelt, und weitere Gefahren müssen ausgeschlossen werden. Den GRÜNEN ist bewusst, dass das Personal in den Gesundheitsämtern, in den Arztpraxen, in der KVB und den Laboren am Limit ist. Jeder und jede gibt alles. Vielen, vielen Dank dafür. Aber dennoch warten Menschen teilweise fünf bis sieben Tage, bis Ergebnisse vorliegen.

Daher bitten wir Sie, ernsthaft zu prüfen, wie wir die Testkapazitäten schnell und unbürokratisch erhöhen können und wie wir die Voraussetzungen dafür schaffen können, dass sich Menschen, die Symptome spüren, schnell testen lassen können.

Wir brauchen außerdem ausreichende Schutzausrüstungen wie beispielsweise Desinfektionsmittel für die helfenden Hände des Gesundheitssystems, das jeden Tag alles versucht, diese Krise zu bewältigen.

Ich appelliere an Sie: Gerade in Ausnahmesituationen dürfen wir die Schwächsten in unserer Gesellschaft nicht vergessen. Wie gehen wir zum Beispiel mit fehlenden Möglichkeiten der Quarantäne in Flüchtlingsunterkünften, Pflegeheimen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen etc. um? Am Umgang mit den Schwächsten zeigt sich das Gesicht unserer Gesellschaft, auch und gerade in Krisenzeiten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben es selbst gesagt – und Ökonominnen und Ökonomen sagen es ebenfalls –, die Frage ist nicht mehr, ob wir eine Rezession erleben, sondern, wie tief diese sein wird. Es ist also gut, dass Bund und Land, wie auch andere Bundesländer, bereits Hilfen für Unternehmen und Beschäftigte wie zum Beispiel das Kurzarbeitergeld beschlossen haben. Und ja, wir müssen alle Instrumente in die Hand nehmen. Deshalb ist es auch richtig, die Möglichkeiten, die die Schuldenbremse bietet, jetzt zu nutzen. Dem Hilfspaket für bayerische Unternehmen und Freiberufler werden wir GRÜNE selbstverständlich zustimmen.

Uns sind bei der Unterstützung der Wirtschaft drei Dinge besonders wichtig:

Erstens. Kredite und Stundungen für Unternehmen müssen über die Hausbank einfach und unbürokratisch abgewickelt werden können. Es geht hier um Schnelligkeit.

Zweitens. Die seit gestern abrufbaren Soforthilfen begrüßen wir. Die Kunstszene und die Kreativwirtschaft werden die Krise aber nur überleben können, wenn es auch für Mini-Jobberinnen, Mini-Jobber und Saisonkräfte eine Lösung gibt, wo Kurzarbeitergeld und Soforthilfe nicht greifen.

Drittens. Wir alle sind auch Kundinnen und Kunden. Jetzt ist nicht Zeit für Kleidershopping, Yoga-Kurse im Studio oder Eisdielenbesuche. Man kann aber problemlos im Vor-

aus Stunden buchen oder Gutscheine kaufen und diese später, nachträglich einlösen. So können wir alle kleine Unternehmen vor Ort unterstützen.

Kommen wir zum Bildungssystem. Ich weiß, da gibt es eine Million Fragen. Wie geht es weiter mit dem Übertritt? Wie geht das mit den Abschlüssen weiter? – Viele Eltern, aber auch Schülerinnen und Schüler und viele Lehrerinnen und Lehrer haben Fragezeichen vor den Augen. Es ist klar, dass sie alle fragen müssen, und die Fragen werden nach und nach auch beantwortet. Die Corona-Krise zeigt aber auch deutlich, wo und wie groß die Defizite bei der Digitalisierung im bayerischen Schulsystem sind. Gleichzeitig sehen wir aber auch, welche großen Chancen und wie viel Potenzial im digitalen Unterricht steckt, mit wie viel Herzblut und Leidenschaft Menschen, Unternehmen, Lehrerinnen und Lehrer und auch Eltern sich daranmachen, die Schülerinnen und Schüler gerade jetzt nicht im Stich zu lassen. Das muss das Kultusministerium mit voller Kraft und allen technischen Möglichkeiten unterstützen.

Uns GRÜNEN ist auch klar, dass in einer Krisensituation nicht alles sofort optimal läuft. Getroffene Regelungen müssen angepasst werden, wenn es die Lage verlangt. Als Innenpolitikerin weiß ich, dass es niemals absolute Sicherheit gibt. Trotzdem weiß ich, dass Unsicherheiten auszuhalten nie richtig schön ist. Aber auch das gehört zum Leben dazu, und gerade in einer Krise ist das Teil davon. Ich bitte jetzt alle, Geduld mitzubringen, verständnisvoll für die jeweils andere Person zu sein, egal, ob man in einer Hotline hängt, weil man eine Frage hat, ob man in einer Arztpraxis steht oder im Supermarkt. Alle geben jetzt ihr Bestes in der schwierigen Zeit.

Uns GRÜNEN ist auch klar, dass alle einschränkenden Maßnahmen wieder zurückgenommen werden müssen. Darauf werden wir achten. Natürlich müssen wir dann darüber sprechen und darüber aufklären, wann und ob zu spät oder zu zaghaft reagiert wurde, was gut lief und was nicht so gut lief, was wir lernen können für eine hoffentlich nicht wiederkehrende, aber vielleicht einmal wiederkehrende Situation. Wir sind überzeugt, dass unsere liberale Demokratie am Ende die bessere Antwort auf die Herausforderung ist als ein autoritäres System. Autoritäres Denken hat diese Katastrophe

auch erst in die Welt gebracht, weil, so konnte man es den verschiedenen Presseorganen entnehmen, verantwortungsvolle Ärzte, die frühzeitig auf das Virus hingewiesen haben, mundtot gemacht wurden.

Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch viel zu tun. Es ist auch klar, dass wir in den nächsten zwei Wochen rasant steigende Infektionszahlen sehen werden. Deswegen ist klar: Wir, die Politik, können diese Herausforderung nicht allein bewältigen. Es ist Bürgerinnen- und Bürgerpflicht, daran mitzuwirken, die Ausbreitung zu verlangsamen. Deswegen habe ich keinerlei Verständnis, wenn Corona-Partys gefeiert werden, wenn man am Montag noch einmal schnell auf die Zugspitze braust, um noch einmal Skifahren zu gehen, oder wenn Unternehmen ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht ins Homeoffice schicken, obwohl das technisch möglich wäre. Wenn ich so etwas lese und höre, frage ich mich im ersten Moment immer: Geht's noch? – Ich merke, dass ich dann ein bisschen wütend werde. Ich weiß aber, dass weder Wut noch Empörung helfen, diese Probleme zu lösen. Auch hier gilt: Man muss selbst mit anpacken. Also, rufen Sie den einen Freund an, der immer noch der Meinung ist: Eine Hausparty geht doch. Überzeugen Sie Ihre Großmutter, die immer noch meint, na ja, ich kann doch trotzdem weiter draußen unterwegs sein, dass jetzt zu Hause zu bleiben das Mittel der Wahl ist. Wir alle tragen dabei eine Verantwortung, noch besser und noch intensiver aufzuklären und falschen Behauptungen entgegenzutreten, sei es im Netz oder dann, wenn sie am Telefon auftreten. Das wiederum bedeutet, alles, und zwar wirklich alles, was nicht nötig ist, sollte heruntergefahren oder ganz vermieden werden. Ich wünsche mir, dass wir uns als Gesellschaft darauf einigen können, damit nicht noch weiter gehende Maßnahmen gebraucht werden.

Ich kann aus eigener Erfahrung erzählen: Es ist nicht so leicht, auf einmal in einer Situation zu sein, in der man Dinge nicht mehr machen sollte, obwohl man sie gerne machen würde. Meine Mutter hat letzte Wochen einen halbrunden Geburtstag gehabt. Mein Bruder und ich haben beschlossen, unsere Eltern in der nächsten Zeit nicht mehr zu besuchen. Natürlich tut das weh. Natürlich hätten wir das gerne anders ge-

macht. Natürlich hätten wir gerne mit ihr zusammen Kuchen gegessen und auf ihren Geburtstag angestoßen. Wir haben uns aber dagegen entschieden, weil die Fakten und die Daten klar sind. Das Coronavirus verbreitet sich exponentiell und damit wahn-sinnig schnell. Es ist bisher nicht gelungen, die Ausbreitung einzudämmen. Es gibt noch kein Gegenmittel, es gibt noch keine Impfung, und auch wenn man selbst keine Symptome hat, kann man Überträgerin oder Überträger sein.

Aber, und jetzt kommt die gute Nachricht: Wir können alle etwas tun. Wir können Verantwortung füreinander übernehmen, indem wir Abstand halten. Mit sozialem Abstand schützen wir nicht nur die ältere Generation und die chronisch Kranken, wir schützen auch all die Menschen, die nicht das Privileg haben, im Homeoffice arbeiten zu können: die Ärztinnen und Ärzte, das Pflegepersonal, die Rettungskräfte, die Polizei, die Verkäuferinnen und Verkäufer, die Busfahrerinnen und Busfahrer, die Forscherinnen und Forscher, die Verwaltung, die Behörden, der Krisenstab, die Mitglieder des Krisenstabes und, und, und, also all die Menschen, die unsere öffentliche Ordnung und unser öffentliches Leben aufrechterhalten. Ich möchte an dieser Stelle an all diese Menschen ein ganz, ganz großes Dankeschön von uns allen richten.

(Allgemeiner Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, Abstand wahren meint nur den räumlichen Abstand und nicht den zwischenmenschlichen. Es ist ehrlich gesagt total schön, und ich finde es auch berührend, wie viele Menschen ihren älteren Nachbarn anbieten, für sie einkaufen zu gehen, wie die Enkelkinder Oma und Opa per Skype oder Facetime von ihrem Tag erzählen und wie Kunst und Kultur ins Netz verlegt werden, sodass man, wenn man abends daheim ist, nicht ganz alleine ist. Ich bin überzeugt, dass diese Krise auch zeigen wird, was für eine Gesellschaft wir sind: egoistisch oder unterstützend. Wenn wir jetzt alle solidarisch sind, dann werden wir das auch gemeinsam meistern. Wir, die GRÜNEN-Fraktion, werden dabei konstruktiv helfen und weiterhin unsere Anregungen und die Sorgen und Nöte, die wir von Bürgerinnen und Bürgern hören, an Sie weitergeben. Ich bin davon überzeugt, wir alle sind davon überzeugt, dass wir es

dann gemeinsam schaffen können, die Coronavirus-Kurve zum Abflachen zu bringen. Danke an Sie alle, die Sie täglich mit Ihrem Verhalten und mit Ihrer Arbeit daran arbeiten, dass das gelingt. Halten wir also räumlichen Abstand, und halten wir so zusammen.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Thomas Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schon allein die äußeren Umstände dieser Plenarsitzung zeigen: Wir stehen vor einer besonderen Situation. Wir befinden uns in einer Ausnahmesituation. Corona ist die größte Herausforderung, die unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hat. Auch in Bayern sind schon Menschen an Corona gestorben. Wir müssen leider mit weiteren Toten rechnen. Es gibt keinen Anlass zur Panik, aber die Lage ist ernst. Das ist auch der Grund, weshalb weltweit einschneidende und drastische Maßnahmen ergriffen werden. Zwei Dinge haben jetzt absolute Priorität: Erstens. Der Schutz der besonders verletzlichen Bürgerinnen und Bürger. Zweitens. Die Sicherung unseres Gesundheitssystems, unserer Gesundheitsversorgung.

Wir arbeiten unter Hochdruck und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln daran, beides zu gewährleisten. Darauf können sich die Menschen in Bayern verlassen. Ich danke deshalb in allererster Linie dem Herrn Ministerpräsidenten Söder für sein kraftvolles und entschlossenes Handeln in Bayern und im Bund. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Es ist jetzt sicher nicht der richtige Zeitpunkt für Ländervergleiche oder Rankings, welche Landesregierung am besten und am schnellsten handelt. Aber es ist doch ganz

offensichtlich: Bayern und Ministerpräsident Söder sind der Motor für die Bewältigung der Corona-Krise in Deutschland.

Ich danke aber auch der gesamten Bayerischen Staatsregierung, vor allem auch Staatsministerin Huml, die alles dafür tut, um das Schlimmste von Bayern und den Menschen, die hier leben, abzuwenden.

(Beifall bei der CSU)

Wie schnell, umsichtig und entschlossen in den bayerischen Ministerien und den nachgeordneten Behörden gearbeitet wird, haben schon die ersten Corona-Fälle beim Zulieferer Webasto im Januar gezeigt, die schnell in den Griff gebracht wurden. Jetzt hat die Ausbreitung eine andere Dimension erreicht. Jetzt läuft der Motor landesweit auf Hochtouren, um die Verbreitung des Erregers zu verlangsamen und dadurch die Bevölkerung bestmöglich zu schützen.

Mein Dank gilt deshalb allen, die im Moment ganz besonderes stark gefordert sind: allen im medizinischen Bereich, dem Pflegepersonal, den Ärzten und auch den Medizinstudenten, die sich zur Mitarbeit an den Kliniken bereiterklärt haben, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gesundheitsämtern und den zuständigen Behörden.

Ich danke aber auch den Lehrerinnen und Lehrern und den Mitarbeitern der Kindertageseinrichtungen, die gerade Notbetreuung leisten oder Schulunterricht zu Hause ermöglichen.

Ich danke den Polizistinnen und Polizisten, die weiterhin für Ordnung sorgen und insbesondere die Grenzen kontrollieren. Wir haben nicht den Zustand, wie man ihn aus den USA hört, dass vor allem die Waffengeschäfte leergekauft werden, meine Damen und Herren, weil die Menschen hier weiterhin darauf vertrauen können, dass sie sicher leben können.

Ich danke allen, die in wichtigen Bereichen des täglichen Lebens von der Lebensmittelversorgung bis zur Postzustellung dafür sorgen, dass der Betrieb in diesem Land

weiterläuft. Sie alle tun mehr als nur ihre tägliche Arbeit. Sie leisten in dieser Situation einen wichtigen Dienst an unserem Land. Allen vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wollen kein zweites Italien. Deshalb ist es richtig und unerlässlich, jetzt das Zeitfenster zu nutzen, um auch drastische Maßnahmen zu ergreifen. Es ist unbedingt geboten, schnell und entschlossen zu handeln, um die Ausbreitung von Corona so einzudämmen, dass eine Überlastung unseres Gesundheitssystems verhindert wird.

Dazu gehört die Ausrufung des landesweiten Katastrophenfalls, im Übrigen zum ersten Mal in der Geschichte des Freistaats Bayern, was bei der Eindämmung des Virus und von dessen Folgen wichtige zusätzliche Handlungsspielräume eröffnet. Dazu gehören die Grenzkontrollen. Dazu gehört die bayernweite Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Dazu gehört die Einschränkung von Besuchsrechten für Krankenhäuser, Pflege- und Behinderteneinrichtungen und auch die Untersagung von Gastronomie und touristischen Übernachtungen. Eine wirksame Reduzierung der Sozialkontakte und damit auch der Übertragungswege für Corona ist nicht möglich ohne eine Untersagung der Öffnung von Ladengeschäften im Einzelhandel mit den bekannten Ausnahmen Lebensmittelmärkte, Apotheken, Banken, Post usw., ebenso wenig ohne ein Verbot von Veranstaltungen, Versammlungen und Freizeitangeboten, die eben gerade nicht zu den notwendigen Verrichtungen des täglichen Lebens gehören.

Das sind ohne Zweifel einschneidende Maßnahmen. Aber es sind im Moment die richtigen Schritte, um die Ausbreitung von Corona zu verlangsamen, damit sich unsere Kliniken vorbereiten können und jeden schweren Corona-Fall medizinisch bestmöglich behandeln können.

Alle müssen sich bewusst sein: Diese Schritte werden Menschenleben retten, vielleicht auch das eigene oder das der eigenen Eltern oder Großeltern. Ich habe deshalb

kein Verständnis dafür, wenn die Ausbreitung von Corona bewusst verharmlost wird, wenn begründete, angemessene und notwendige Maßnahmen als Aktionismus schlechtgeredet werden und damit Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern erzeugt wird oder wenn im Bewusstsein der Gefahren sogar Corona-Partys gefeiert werden. Lassen Sie mich klar sagen: Jetzt Witze über Corona zu machen oder sich unter dem Deckmantel der Satire – wieder in öffentlich-rechtlichen Medien – darüber lustig zu machen, dass vor allem die Alten durch Corona betroffen würden, ist zutiefst geschmacklos und menschenverachtend, meine Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, viele Experten sagen, und ich glaube dies auch: Das, was Corona für unsere Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet, ist nicht zu vergleichen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir vor zwölf Jahren letztlich so erfolgreich gemeistert haben, sondern es geht bedeutend darüber hinaus. Wir sehen, dass es praktisch alle Bereiche der Wirtschaft gleichzeitig erfasst, was vor zwölf Jahren nicht in diesem Umfang der Fall gewesen ist.

Deshalb ist es richtig, dass wir in Bayern ein Sondervermögen in Höhe von 10 Milliarden Euro bereitstellen und das innerhalb weniger Tage parlamentarisch auf den Weg bringen. Ich bedanke mich genauso wie der Ministerpräsident bei allen Fraktionen dafür, dass sie dies so solidarisch mitgetragen haben.

Corona schafft eine absolute Ausnahmesituation, in der eine massive Stützung der Realwirtschaft im Interesse unserer Betriebe und Beschäftigten nicht nur gerechtfertigt, sondern auch unbedingt geboten ist. Die außergewöhnliche Notsituation, in der nach unserer Verfassung von der Schuldenbremse abgewichen werden kann, ist mit Corona genau eingetreten. Auch hier hat der Staat in Krisenzeiten Handlungsfähigkeit zu beweisen, und schnellste konkrete Schritte für die Wirtschaft wurden eingeleitet.

Das erleichterte Kurzarbeitergeld wurde mit auf bayerische Initiative in Rekordzeit beschlossen. Das sichert unmittelbar Arbeitsplätze. Unternehmen können Steuerzahlun-

gen aufschieben. Es gibt breit gefächerte Finanzhilfen für Unternehmen mit dem bayerischen Schutzschirm und dem Bayernfonds, der kurzfristig die Liquidität sicherstellen soll. Es gibt Soforthilfe für Betriebe, gerade für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen, wobei viele bereits jetzt in unmittelbarer wirtschaftlicher Not sind.

Und in diesen Tagen ist besonders wichtig: Es gibt auch einen Schutzschirm für unsere Krankenhäuser. Niemand in der Krankenversorgung braucht sich darüber Gedanken zu machen, ob es ihn vielleicht Geld kostet, ob es seine Wirtschaftskraft schwächt, ob er vielleicht nicht überleben kann, wenn er sich speziell auf Corona einrichtet, sondern wir werden das ausgleichen.

Meine Damen und Herren, in solchen Krisenzeiten kühlen Kopf zu bewahren heißt: Wir müssen mit aller Entschlossenheit handeln. Genau das macht die Bayerische Staatsregierung. Die Staatsregierung beweist, dass sie dieses Land gerade auch in einer Krise führen kann und dass sie bereit ist, in enger Abstimmung mit dem Bund und mit anderen Ländern zu gegebener Zeit auch schwere Entscheidungen zu treffen.

In den letzten Jahren wurde öfter diskutiert, ob Bund und Länder und der Föderalismus überhaupt handlungsfähig genug sind, meine Damen und Herren. In dieser Krise haben wir gesehen: Wenn es darauf ankommt, sind der Föderalismus und dieses Land handlungsfähig. Es ist die beste Staatsform, die wir je gehabt haben. Daran sollten wir nicht mehr zweifeln, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Niemand kann die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate genau vorhersehen. Aber die Menschen in Bayern erleben heute einen starken und handlungsfähigen Staat. Wir wollen und werden alles dafür tun, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Klar ist aber auch: Jeder muss dabei mithelfen. Wir haben in Bayern nicht nur einen starken Staat, sondern auch eine starke und solidarische Gesellschaft. Aber auch sie muss sich in diesen Tagen bewähren. Wir werden die Corona-Krise nur meistern, wenn wir solidarisch zusammenarbeiten und zusammenhalten. Die Politik kann den

Rahmen dafür schaffen, und sie tut dies auch. Aber die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger, aller Bürgerinnen und Bürger, ist für die Eindämmung des Virus vielleicht das noch wichtigere Instrument.

Das Coronavirus wird über soziale Kontakte übertragen. Und es wird – so viel wissen wir mittlerweile – auch von Menschen übertragen, die selbst keine, zumindest keine gravierenden Symptome bei sich feststellen. Das macht diese Krankheit so heimtückisch. Jeder Einzelne kann und muss also dazu beitragen, Corona einzudämmen. Jeder kann damit einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, und jeder muss auch Disziplin zeigen beim Umgang mit Corona. Jetzt ist gesellschaftliche Solidarität gefordert. Jetzt müssen Eigeninteressen hinter die Verantwortung für das Gemeinwohl zurücktreten. Jeder muss seinen Lebenswandel für ein paar Wochen ändern. Jeder muss sein Verhalten anpassen, um die Verletzlichsten in unserer Gesellschaft zu schützen. Die Starken müssen mehr denn je den Schwachen helfen. Je konsequenter wir das alles umsetzen, je stärker wir zusammenhalten, desto kürzer wird die Zeit besonderer Belastungen sein. Deshalb muss jeder Verantwortung übernehmen. Wir bitten alle, die Verfügungen der Staatsregierung konsequent zu befolgen. Wir bitten jeden, dem es möglich ist, zu Hause zu bleiben. Wir bitten insbesondere die Arbeitgeber, wo immer möglich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zu Hause arbeiten zu lassen. Wir bitten alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, ganz einfach besonnen und solidarisch zu handeln.

Meine Damen und Herren, unser Land und unsere Gesellschaft stehen vor einer großen Bewährungsprobe. Wir sind auch Teil der Weltgemeinschaft und sind gefordert, diese Herausforderung gemeinsam zu bewältigen. Ich bin überzeugt: Bayern ist stark, und Bayern wird auch diese Bewährungsprobe gut bestehen. Maximaler Einsatz für den größtmöglichen Schutz der Menschen im Freistaat – dafür stehen wir; dafür steht die Staatsregierung und vor allen Dingen Ministerpräsident Markus Söder und auch die CSU-Landtagsfraktion sowie das ganze Hohe Haus. Der Herr Ministerpräsident und die Staatsregierung haben mehr denn je unsere volle Unterstützung. Zeigen wir

alle, wozu wir gemeinsam in diesem Lande im Guten fähig sind. Übernehmen wir Verantwortung, und halten wir zusammen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Prof. Hahn für die AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin Aigner, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Niemand von uns hier hat wohl je etwas Vergleichbares erlebt. Keiner hierzulande hat mit kategorischen Schließungen von Sportstätten, Restaurants, Gaststätten, Schulen, Universitäten und weiteren öffentlichen Einrichtungen gerechnet, als vor einigen Wochen das Virusgespenst von Wuhan durch die Medien geisterte. Wenn mich jemand letzten Monat angesprochen hätte, um mir das heutige Krisenszenario zu schildern, ich hätte ihn schlichtweg für verrückt erklärt. Und doch ist das Udenkbare eingetreten.

Wir befinden uns zweifellos in einer bisher nie da gewesenen Ausnahmesituation. Natürlich könnten wir jetzt fragen: Ist alles richtig gemacht worden? Aber davon möchte ich heute absehen. Der AfD in Bayern ist es in dieser Ausnahmesituation wichtig, vor allem eines deutlich zu machen: Zeiten nationalen und internationalen Notstandes sind nicht die Zeiten, in denen die Opposition ihre Kraft für Angriffe gegen die Regierung nutzen sollte.

Dies kann ich vorwegnehmen. Wir werden hier und heute keinen Kampf eröffnen. Denn die AfD steht geschlossen hinter den Bürgern dieses Landes und wird jede Maßnahme befürworten, die dem Wohl der Allgemeinheit dient. Unsere Gedanken sind heute bei den infizierten Bürgerinnen und Bürgern und ihren Angehörigen. Unsere Gedanken sind bei den Menschen, die bereits einen schmerzlichen Verlust durch das Virus hinnehmen mussten. Ihnen allen wünschen wir die nötige Kraft, diesen schweren Schicksalsschlag zu bewältigen.

Unser Dank richtet sich an jene Menschen, die sich im Einsatz befinden, auf welcher Ebene oder in welcher Position auch immer. Er richtet sich an Einsatzkräfte, die gegen das Virus ankämpfen und sich für das Wohl der Menschen einsetzen. Wir danken den zahlreichen Kräften, die sich im Dauereinsatz in Krankenhäusern, bei der Pflege, bei der Lebensmittelversorgung, bei der Polizei und in vielen weiteren Bereichen um unsere Gesellschaft verdient machen. Es ist allein ihre Leistung, dass wir die Ordnung trotz der herrschenden Notlage aufrechterhalten können.

(Beifall bei der AfD)

Hier zeigt sich einmal mehr, wie wichtig die grundlegenden Dienste im Lande sind. Sie bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft.

Wie klein erscheinen doch in Anbetracht dieser Pandemie die Probleme von gestern, die wir hier üblicherweise diskutierten. Deshalb dürfen wir uns heute und auch nicht in nächster Zeit in Querelen verlieren. Wir müssen geschlossen handeln, auch über Parteigrenzen hinweg.

Am heutigen Tag kennt Bayern keine Parteien mehr; es gibt in diesem Sinne am heutigen Tag auch keine Opposition, sondern es gibt nur die Notwendigkeit, mit allen Mitteln für das Wohl der Gemeinschaft einzustehen.

(Beifall bei der AfD)

Frei nach Adenauer gesprochen: Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst. Wir müssen daran arbeiten, die Sterberate durch das Virus, wo immer möglich, einzudämmen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass genügend Beatmungsgeräte da sind, dass genügend Atemschutzmasken vorhanden sind und dass schlussendlich genügend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. Und wir müssen dafür sorgen, dass das Personal in den Krankenhäusern alle Ressourcen erhält, die es zum Schutze der Patienten und seiner selbst benötigt.

Für uns alle hier sollte momentan eines von primärer Wichtigkeit sein, nämlich die Gesundheit der Bevölkerung. Danach müssen wir aber auch die wirtschaftlichen Sorgen der Menschen ernst nehmen. Wir brauchen schnell einen finanziellen Schutzschirm für von der Corona-Krise betroffene Familien. Wir brauchen eine unbürokratische Existenzsicherung für Selbstständige, Freiberufler, Mittelständler, Handwerker, und wir brauchen einen Rettungsschirm für Schaffende in der Kultur und in der Tourismusbranche. Niemand darf alleingelassen werden!

Herr Ministerpräsident Söder, Sie haben eben angesprochen, das Ganze sei ein großer Test, und Sie führten auch aus, es werde ein Test mit einer Rezession sein, schlimmer als bei der Finanzkrise. Das ist tatsächlich zu erwarten. Das kann man erwarten, und damit müssen wir rechnen.

Ich bin auch der Meinung, dass wir in dieser Krise darauf achten müssen, tatsächlich Fristen zu setzen, auch juristisch, damit man genau weiß, wann es losgeht und endet – das haben wir in dem gemeinsamen Antrag formuliert –, also nach hinten befristen. Denn wir alle wollen – ich denke, da sind wir uns alle einig – wieder zum vorherigen Zustand zurückkehren können und den Zustand, den wir am Anfang des Jahres 2020 hatten, was die Gesundheit wie auch die Wirtschaft betrifft, wiederherstellen können.

Den Katastrophenfall auszurufen war ein wichtiger und richtiger Schritt. Wir müssen diesen Weg weitergehen, wenn er Erfolg haben soll. China ist uns Mahnung und Vorbild zugleich; denn das Ursprungsland der Pandemie hat durch strikte Einschränkung der zwischenmenschlichen Kontakte gezeigt, dass man die Krise in den Griff bekommen kann.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einem Sandsturm epischen Ausmaßes. Das eifrigste Abstauben und Reinigen wird aber vergebens sein, solange man die Türen und Fenster nicht schließt. Ich will damit sagen: Lassen Sie uns handeln, bevor uns die Entscheidungen abgenommen werden. Jetzt ist also nicht die Zeit des Zögerns, es ist auch nicht die Zeit des Aussitzens, jetzt ist die Zeit, um Stärke zu zeigen,

die Zeit, um aktiv zu werden. Das italienische Beispiel führt uns das klar vor Augen. Dort wurde zu lange gezögert, vielleicht auch bei uns. Aber noch können wir durch aktives Vorgehen Herr der Lage werden, besonders wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen.

Das Virus trifft allem Anschein nach vor allem unsere älteren Mitbürger, jene, die sich um unser Land bereits verdient gemacht haben, die es aufgebaut haben. Jetzt müssen wir Jüngeren unser Möglichstes tun und uns um sie verdient machen. Ja, wir brauchen klare Regeln und Abgrenzungen, um eine schnelle Ausbreitung des Virus zu verhindern, und wir müssen eine leistungsfähige Notfallstruktur aufbauen. Das alles können jedoch nur kurzfristige Maßnahmen sein, die von langfristigen Wirtschaftsmaßnahmen begleitet werden müssen. Wir brauchen jetzt einen kühlen Kopf und Disziplin, aber auch Gemeinschaftssinn und Optimismus. Wir haben viel zu tun, jetzt und auch in Zukunft, wenn der Hochpunkt der Krise überstanden sein wird. In diesem Sinne möchte ich mit Goethe schließen und sage:

Es ist nicht genug zu wissen, man muss auch anwenden; es ist nicht genug zu wollen, man muss auch tun;

denn die Zeit des Handelns ist jetzt.

Summa summarum: Wir bieten unsere vollumfängliche Hilfe an, um in der derzeitigen Bedrohungslage alles unter Kontrolle zu behalten und auch diese Bedrohungslage unter Kontrolle zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich alles Gute. Bleiben Sie gesund!

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht nun Herr Kollege Florian Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Pandemie ist ein Wort, das viele von uns und viele im Land in seiner Tragweite fassungslos und ratlos macht und uns zweifelnd zurücklässt. Viele ringen noch damit, die Realität zu akzeptieren. Aber nur dann, wenn wir der Realität ins Auge sehen, wenn wir besonnen, entschlossen und mutig handeln, kann das Schlimmste eingedämmt werden. Wir stehen in einer Situation, die sich keiner von uns vorstellen konnte und die dennoch Wirklichkeit ist. Diese Wirklichkeit müssen wir erdulden, müssen wir ertragen, und wir müssen die richtigen Schlüsse ziehen.

Meine Damen und Herren, die Lage ist ernst. Sie ist sehr ernst, sie ist todernst. Unsere Nachbarländer Italien, Österreich, Frankreich, Ungarn, Belgien und Portugal haben sich die Maßnahmen nicht leichtgemacht und sie nicht aus Jux und Tollerei beschlossen, sondern deswegen, weil die Lage ernst ist. Italien muss uns eine Warnung sein, dass wir die Zeit, die wenigen Tage, die wir Vorsprung haben, sinnvoll, klug und entschieden nutzen. Wir hatten vielleicht bei uns in Deutschland, in Bayern den "Glücksfall" Webasto, sodass wir frühzeitig auf die Pandemie aufmerksam geworden sind und somit unsere Ressourcen hochfahren konnten. Damit allein ist es aber nicht getan. Weitere Schritte sind notwendig. Die müssen wir gehen.

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung und die bürgerliche Koalition haben ihre Schlüsse gezogen und gehandelt. Wir werden handeln und weiter handeln, auch wenn es nicht leichtfällt. Aber diese Handlungen, das, was jetzt notwendig ist, ist im wahrsten Sinne des Wortes notwendig, um die Not im Land zu wenden. Im Besonderen möchte ich mich hier für den Mut, aber auch die Besonnenheit des Ministerpräsidenten Markus Söder und unseres Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger bedanken. Ihnen ein herzliches Dankeschön für das entschlossene Handeln;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

denn sie haben Maßstäbe gesetzt, die für ganz Deutschland Maßstab sind. Andere Bundesländer und die Bundesrepublik müssen hier erst nachziehen und können sich

an Bayern orientieren. Danken möchte ich aber vor allem auch Herrn Minister Michael Piazzolo, der es sich sicher nicht leichtmacht, das Bildungssystem in den Schulen und Bildungsbetrieben in diesen Zeiten der Not aufrechtzuerhalten. Danke auch an Frau Ministerin Huml, die für die Gesundheit zuständig und hier besonders gefordert ist! Ein Dank an das gesamte Kabinett, das hier geschlossen handelt und hinter den Maßnahmen steht!

Meine Damen und Herren, in Normalzeiten können sich Staaten Mittelmaß in Regierungen und in demokratischen Institutionen leisten. In historischen Ausnahmeständen ist Mittelmaß aber tödlich. Jetzt, meine Damen und Herren, befinden wir uns in einem solchen Ausnahmezustand. Die Besten sind gefragt, und es zeigt sich, aus welchem Holz eine Regierung, ein Parlament geschnitzt ist. Jetzt, meine Damen und Herren, müssen die demokratischen Institutionen wie Burgen sein: fest bewehrt und mit starken Persönlichkeiten ausgestattet. Deshalb ist es auch sinnvoll, wenn wir über alle Fraktionen hinweg zusammenstehen und zusammenhalten, um die tödliche Bedrohung einzudämmen. Es war schön, in den Gesprächen, Diskussionen und Konferenzen der letzten Tage zu sehen, dass alle die politischen Spielereien zurückstellen und alle zusammenstehen und das Wohl Bayerns im Auge haben, das Wohl der Menschen im Auge haben. Vorhin wurde gesagt: Parteien sind für das Volk da. Nein, ich sage, Parteien sind für die Menschen da. Die Fraktionen und wir tragen Verantwortung für jeden Mann und jede Frau in diesem Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Da wir zusammenstehen, ist ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen worden. Weitere Maßnahmen werden noch beschlossen werden. Diese stehen auf drei Säulen: Erstens auf der Eindämmung der Ausbreitung des neuen Virus, zweitens auf der Aufstellung des Gesundheitssystems, damit dieses ausgerüstet wird, drittens auf einem Krisenfestmachen der Wirtschaft, soweit das in dieser Krise möglich ist, und auf der Vorsorge für die Zeit nach der Infektionskrise.

Zu Erstens: Die Priorität muss es sein, die bayerische Bevölkerung vor einem weiteren sprunghaften Anstieg an Infektionen mit dem neuen Virus zu schützen und dadurch auch Zeit für das Gesundheitssystem zu gewinnen, um hier Maßnahmen zu treffen, damit flächendeckend geholfen werden kann. Auch wenn die temporären Einschnitte in das Leben eines jeden Einzelnen von uns oft eine Überwindung bedeuten, dürfen wir nicht vergessen, dass es um das Leben der Menschen in Bayern geht, in Bayern und auch darüber hinaus. Deswegen ist es nicht verständlich, wenn man sich leichtfertig verhält, wenn man leichtfertig meint: Mich oder die Meinen trifft es nicht, ich bin doch nicht betroffen. – Wir sind alle davon betroffen, und deswegen müssen wir alle die Einschnitte, die kommen und schon da sind, ernst nehmen. Schützen müssen wir besonders die Risikogruppen, die älteren Mitbürger, diejenigen, die Vorerkrankungen haben, im Grunde aber jedermann. Wir wissen nicht, wen es treffen kann.

Damit wir und die Menschen in Bayern die Möglichkeit haben, bald wieder in ein normales Leben zurückzukehren, ist es notwendig, dass wir politische Ränkespiele beiseitelassen und uns geschlossen und mutig der Bedrohung stellen; denn eines ist auch klar: Der Weg aus der Krise kann nur gemeinsam und mit kühlem Kopf gefunden werden.

Meine Damen und Herren – das richte ich auch an all jene, die uns gerade zuhören und zusehen –, lassen Sie sich von Verschwörungstheorien und Fake News nicht verunsichern, und lassen Sie sich nicht von der Angst verführen; denn die Angst macht alles nur schlimmer und führt in die Irre.

Meine Damen und Herren, vertrauen Sie den Informationen, die von Behörden und seriösen Institutionen gegeben werden, und beherzigen Sie diese Informationen; denn dadurch schützen Sie nicht nur Ihr eigenes Leben, sondern das Leben Ihrer Liebsten und Lieben und das Leben Ihrer Nachbarn. Nehmen Sie das ernst!

Das Zweite. Das Gesundheitssystem muss gewappnet werden. Obwohl wir davon ausgehen, dass die ergriffenen Maßnahmen dazu beitragen, die Ausbreitung des

Virus zu verlangsamen, werden die Fallzahlen dennoch weiter steigen und wir werden uns dem mit weiteren Maßnahmen stellen müssen. Das Gesundheitssystem ist zurzeit durch die Nachjustierung sicher gewappnet, aber man wird weiter nachjustieren müssen. Das haben wir vorher vom Ministerpräsidenten gehört.

Vor allem danken wir den Ärztinnen und Ärzten, den Pflegekräften und dem medizinischen Personal, den Rettungskräften und den Gesundheitsdiensten für ihren unermüdlichen Einsatz. Hierfür ein Dankeschön! Uns stellt sich die Aufgabe, das Gesundheitssystem so lange zu stärken, wie es notwendig ist und wie wir die Zeit dazu haben.

Drittens, der Rettungsschirm für die Wirtschaft. Bei allen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise dürfen wir eines nicht vergessen: Es wird ein Leben nach dem Coronavirus geben. Daher ist es wichtig, die Liquidität und Innovationskraft unserer bayerischen Betriebe heute und auch für die Zukunft sicherzustellen. Mein Dank gilt hier besonders unserem Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, durch dessen Einsatz von der Krise betroffenen Unternehmen unter anderem spezielle Bürgschaftsrahmen eröffnet und finanzielle Soforthilfe ermöglicht wird. Dieses Angebot richtet sich besonders an unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Vergessen dürfen wir hierbei auch nicht unsere Hotellerie, Gaststätten, das ganze Tourismusgewerbe, das momentan eingefroren ist. Auch hierfür müssen wir Maßnahmen treffen; denn wir in Bayern leben in ganz besonderer Weise vom Tourismus. Wir haben schon gefordert und hielten es für ein gutes Zeichen, im Bereich der Gastronomie und Hotellerie den Mehrwertsteuersatz auf 7 % abzusenken. Das wäre ein Signal, das Hoffnung geben könnte.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber auch für die Zukunft lernen. Wir werden die Krise bewältigen. Der Freistaat Bayern wird weiter existieren, aber wir werden dann in einer anderen Welt leben. Am Tag danach, "The Day After", müssen wir uns neu erfinden und aus den Fehlern in der Zeit davor lernen, beispielsweise indem wir

künftig mehr auf regionale und dezentrale Strukturen setzen und darauf, wie wir Schlüsselindustrien, Schlüsselproduktionen in Bayern und Europa sicherstellen können.

Es gibt aber auch eine Chance, wie wir uns neu aufstellen können. Es ist gut zu sehen, wie wir uns heute durch die Digitalisierung vernetzen können. Die gleiche Krise vor dreißig oder vierzig Jahren möchte ich mir nicht ausdenken.

Zum Schluss möchte ich neben unserem medizinischen Fachpersonal noch allen danken, die in der aktuellen Ausnahmesituation in den Geschäften und Betrieben die Stellung halten. Dazu zählen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Supermärkten, in der Altenpflege, in Logistikunternehmen und Banken, aber auch unsere Polizistinnen und Polizisten und all jene, die in Hilfsorganisationen, Kliniken und karitativen Einrichtungen Äußerstes leisten. Dank gebührt auch allen Eltern und Kindern, die aktuell durch die notwendigen Schließungen ganz besonders gefordert sind, und vor allem jedem Einzelnen, der sich in dieser Zeit der Hilfsbedürftigen annimmt und sie in seinem Umfeld unterstützt.

Danken möchte ich auch allen hier in den Fraktionen und im Landtagsamt und auch in allen demokratischen Institutionen, die dafür sorgen, dass der Staat handlungsfähig bleibt, und ihre Aufgaben gewissenhaft erfüllen. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern ist gut gerüstet. Seien Sie es auch! Das Überleben nicht nur der Risikogruppen in unserer Gesellschaft, das Überleben von uns allen hängt davon ab, dass wir solidarisch und vernünftig sind. Passen Sie auf, meine Damen und Herren; denn das Gefährlichste an dieser Krankheit ist, dass sie auch die Gesunden in ihren Herzen befallen kann und das Verhalten ins Unmenschliche gesteigert werden kann. Es kann aber auch das Beste, es können auch die stärksten Charaktere hervorgehoben werden.

Meine Damen und Herren, jetzt ist die Stunde, in der neben Recht und Freiheit ganz besonders die Einigkeit gefragt ist. Die Einigkeit ist aber auch dann besonders gefragt, wenn die Pandemie vorbei ist und es darum geht, die Wirtschaft und den Wohlstand wieder aufzubauen.

Meine Damen und Herren, bleiben Sie gesund! Gott schütze unsere bayerische Heimat! Gott schütze alle, jedermann in Bayern!

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Das neuartige Coronavirus stellt uns alle vor immense Herausforderungen. Mit seinem Eindringen in unsere Lebenswirklichkeit betreten wir praktisch einen bislang unentdeckten Kontinent, was jedem Einzelnen von uns, der Gesellschaft, dem Staat und der Wirtschaft äußerst viel abverlangt. Das macht es so schwierig, zu jedem Zeitpunkt die richtigen Maßnahmen zu treffen.

Wir leben in einem starken Land, das die geeigneten Mittel, Instrumente und Strukturen besitzt, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Wir leben in einem Land, das schon oft genug bewiesen hat, dass es gerade in der Krise zusammenrückt, in diesem Fall nicht im wörtlichen Sinn, aber dafür umso mehr im übertragenen Sinn.

Solidarität ist das Gebot der Stunde, aber auch der Zukunft, Solidarität mit allen, die Hilfe benötigen und – was sich abzeichnet – noch Hilfe benötigen werden: mit alten und schwachen Menschen, die gesundheitlich besonders gefährdet sind, mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitgebern, mit Kulturschaffenden, aber auch mit den Selbstständigen, die um ihre Existenz fürchten, mit den Familien, aber auch mit Alleinerziehenden und Alleinstehenden, die ihren Alltag mühevoll umstellen und bewältigen müssen.

Wir müssen auch die psychische Verfassung der Betroffenen in dieser Krise auf dem Schirm haben und nicht nur Gewinn und Verlust berechnen oder wie entsprechende wirtschaftliche Ergebnisse eingefahren werden. Wir müssen auch das Menschliche mit Beratungsangeboten und Hilfen unterstützen.

Wir brauchen Solidarität mit all jenen, die selbst Hilfe leisten: Krankenhäuser, Pflegepersonal, Rettungsdienste, Ehrenamtliche, mit den Verkäuferinnen und Verkäufern in den Supermärkten und Geschäften für den täglichen Bedarf, mit den Beschäftigten von Lieferservices, Tankstellen und anderen. Ich danke allen, die in dieser Ausnahmesituation wirklich Außergewöhnliches leisten.

Solidarität heißt, einander zu helfen und aufeinander Rücksicht zu nehmen. Die Politik muss hier vorangehen; das ist ihre Pflicht. Sie muss aber auch dem Ernst der Lage entsprechend handeln, ohne Panik zu verbreiten. Sie muss entschlossen und zügig Maßnahmen voranbringen, die bei aller gebotenen Flexibilität sorgfältig durchdacht sind. Natürlich geschehen überall Fehler. Man mag sich darin vertiefen, an diesen Fehlern herumzudoktern und Schuld zuzuweisen. Aber es geht in dem Zusammenhang darum, Fehler zu erkennen, zu bekennen und in dem Bereich auch aus den Fehlern Konsequenzen zu ziehen, und nicht darum, dazu überzugehen, den anderen niederzumachen. Das ist auch Solidarität.

Vonseiten der SPD-Fraktion begrüßen wir die Maßnahmen, die die Staatsregierung bislang ergriffen hat. Ja, es sind viele große Einschnitte in die Freiheit und auch in die Lebensqualität vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger vorgesehen. Aber nach allem, was die Wissenschaft sagt, sind diese Maßnahmen angemessen und notwendig.

Diese Maßnahmen führen uns aber auch eines noch einmal ganz deutlich vor Augen: Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Freiheit ist ein hohes Gut. Auch die finanzielle Dimension der Unterstützungsmaßnahmen, die wir heute als Parlament beschließen, wofür wir heute auch die entsprechenden Haushaltsmittel freigeben, ist nahezu

schwindelerregend. Als SPD-Fraktion haben wir bereits in der vergangenen Woche dezidierte Vorschläge zur Liquidität und zu Wirtschaftshilfen vorgelegt.

Herr Ministerpräsident, wir sind dankbar, dass Sie sich zumindest ein wenig davon haben inspirieren lassen. Wir finden uns in Ihrem Konzept wieder. Das grundsätzliche Ziel eint uns ja: All denen zu helfen, die nun Hilfe benötigen, aber auch benötigen werden, vom Kleinbetrieb bis zum freiberuflichen Künstler, von der Solo-Selbstständigen bis hin zum Gastronom.

Keinen hängen zu lassen – so haben Sie den Anspruch der Staatsregierung formuliert. Deswegen möchte ich noch einmal betonen, dass wir unbedingt darauf achten müssen, dass diese Finanzmittel gerecht eingesetzt und verteilt werden. Vergessen wir zum Beispiel nicht die Sozialwirtschaft und den großen gemeinnützigen sozialen Bereich im Freistaat; ob es um die Lebenshilfe geht oder um andere soziale Einrichtungen in Bayern. Vergessen wir die Bildungseinrichtungen nicht, zum Beispiel die Träger der Erwachsenenbildung.

Kurzum: Vergessen wir all diejenigen nicht, die einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, unsere Gesellschaft zusammenzuhalten, zu stützen, aber auch zu entwickeln, ohne groß darum Aufhebens zu machen. Das ist mein dringender Appell. Gerade im Zuge der Verteilung der Finanzmittel werden wir deshalb sehr genau darauf achten, dass diese Mittel tatsächlich gerecht und solidarisch eingesetzt werden.

Ich bin in diesem Kontext auch der Bundesregierung dankbar, die mit hoher Geschwindigkeit weitreichende und wichtige Maßnahmen wie das erleichterte Kurzarbeitergeld beschlossen hat. Herr Ministerpräsident, Sie haben schon darauf hingewiesen, dass Olaf Scholz und Hubertus Heil die Schließung weiterer Lücken, bei der Saisonarbeit und bei der Entgeltfortzahlung, angedeutet haben.

Ich appelliere von dieser Stelle aus auch an die Arbeitgeber, die Eltern unter den Beschäftigten nun großzügig freizustellen, damit sie den herausfordernden Alltag in den nächsten Wochen gut bewältigen können.

Für die SPD-Fraktion kann ich versichern: Wir werden verantwortungsvoll handeln, gemeinsam, damit wir diese Krise meistern.

Ich habe es eingangs schon gesagt: Wir sind ein starkes und solidarisches Land. Darauf können wir wirklich stolz sein. Das gibt uns auch die nötige Zuversicht für die kommenden Wochen und Monate. Ich betone dabei aber auch ganz klar und unmissverständlich: Solidarität heißt für mich und für uns, zwar im nationalen Interesse zu handeln, aber nicht gegen andere Länder, nicht gegen andere Volksgruppen. Wir sind nach wie vor in Europa, wir sind nach wie vor ein Bestandteil dieses Planeten. Deswegen ist diese Solidarität sehr weit zu fassen.

(Allgemeiner Beifall)

Diese Krise darf niemals dazu führen, dass Nationalismen noch stärker werden, als sie es ohnehin schon sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Corona-Krise wird eine Bewährungsprobe für uns alle sein. Das, was heute an Solidaritätsbekundungen von allen Parteien ausgesprochen wurde, möge bei Wahrung aller politischen Unterschiede und Konturen Maßstab für uns und die Gesellschaft sein, über die Krise hinaus gemeinsam diesem Land, diesem Volk und letztendlich auch der Menschheit zu dienen.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Martin Hagen.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Von einer Krise so schwer wie zuletzt nach dem Zweiten Weltkrieg war die Rede. Im Angesicht einer solchen Krise ist es eine Selbstverständlichkeit, dass alle politischen Kräfte an einem Strang ziehen. Die gestrige Sitzung des Ministerpräsidenten mit den Fraktionsvorsitzenden zum Entwurf eines Bayerischen Infektionsschutzgesetzes war dafür beispielhaft, weil alle Seiten bereit waren, zum Wohl des großen Ganzen aufeinander zuzugehen und so zu einer guten und vor allem auch schnellen Lösung zu kommen.

Auch die Tatsache, dass der Landtag einstimmig dem Nachtragshaushalt der Staatsregierung zustimmt, der das 10 Milliarden Euro umfassende Hilfspaket für die bayerische Wirtschaft ermöglicht, zeigt: Sie können sich in diesen schwierigen Zeiten auf uns verlassen.

Herr Ministerpräsident, wir erkennen auch ausdrücklich an, was Sie, Ihre Regierung und die Verwaltung des Freistaats in diesen schweren Zeiten leisten. – Danke dafür!

Diese Krise geht uns alle gleichermaßen an. Es gibt aber einige, von denen sie derzeit einen besonders großen Beitrag fordert. Ihnen möchte ich, wie meine Vorredner, an dieser Stelle meinen Dank aussprechen. An vorderster Front natürlich den Ärztinnen und Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern, Sanitäterinnen und Sanitätern, die sich derzeit um die direkt Betroffenen kümmern, nämlich diejenigen, die erkrankt sind.

Ich danke aber auch ganz generell allen Beschäftigten, die derzeit nicht ins Homeoffice wechseln können, weil sie beispielsweise als Polizistinnen und Polizisten oder als Kassiererinnen und Kassierer im Supermarkt mit ihrer Arbeit dazu beitragen, das öffentliche Leben zumindest ein Stück weit aufrechtzuerhalten. Ihnen allen ein herzliches Vergelts Gott!

(Allgemeiner Beifall)

Corona ist eine enorme gesundheitspolitische Herausforderung. Darauf wird mein Kollege Dr. Dominik Spitzer gleich noch näher aus der Perspektive eines Mediziners eingehen. Leben zu retten, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, hat derzeit oberste Priorität.

Corona ist aber auch eine enorme wirtschaftspolitische Herausforderung, vergleichbar mit der Finanzkrise, möglicherweise sogar noch schlimmer. Wir müssen zuallererst die Liquidität der bayerischen Unternehmen sichern. Die beschlossenen Maßnahmen wie die Steuerstundung oder direkte Liquiditätshilfen gehen in die richtige Richtung. Sie

müssen jetzt schnellstmöglich umgesetzt und im weiteren Verlauf möglicherweise auch noch ergänzt werden.

Wir schlagen beispielsweise eine negative Gewinnsteuer vor. Wir müssen alles tun, um Arbeitsplätze zu schützen. Dafür braucht es möglichst weitreichende und möglichst flexible Regeln zur Kurzarbeit. Mittelfristig brauchen wir schnellere Kreditentscheidungen der KfW und der Bürgschaftsbanken. Längerfristig müssen wir durch Abschreibungsmöglichkeiten neue Anreize für Investitionen setzen. Wir müssen Planungsverfahren beschleunigen und Unternehmen auch steuerlich entlasten, um die Wirtschaft nach der akuten Krise wieder in Schwung zu bringen.

Die Bewältigung der Krise wird eine enorme Anstrengung auch finanzieller Art verlangen. Klar ist: Die schwarze Null ist kein Dogma. Die Schuldenbremse hält uns nicht davon ab, in Krisenzeiten als Staat aus dem Vollen zu schöpfen. Sie hat vielmehr in der Vergangenheit die Voraussetzung dafür geschaffen, dass das jetzt möglich ist.

Ich bin überzeugt, dass wir schon in naher Zukunft erleben werden, dass sowohl in München als auch in Berlin die Regierungen eine ganze Reihe ihrer kostspieligen konsumtiven Ausgaben der Vergangenheit einer kritischen Prüfung unterziehen werden. Der Staat darf sich nicht verzetteln. Er muss stark bei seinen Kernaufgaben sein. Er muss da sein, wenn er gebraucht wird. Hier und jetzt wird er gebraucht.

Die Corona-Krise führt uns auch vor Augen, wie wichtig die Möglichkeiten eines ortsungebundenen Arbeitens, Lernens und Kommunizierens sind. Bayerns Schulen und Verwaltung und auch die Arbeitsweise dieses Gremiums, des Landtags, künftig weiter zu digitalisieren, muss eine Lehre aus dieser Ausnahmesituation sein.

Eine falsche Lehre wäre es meiner Meinung nach, jetzt den Schluss zu ziehen, dass wir uns ins nationale Schneckenhaus zurückverkriechen oder wieder eine Entwicklung zu einem wirtschaftspolitischen Provinzialismus nehmen. Das wäre nicht die richtige Lehre aus Corona. Das wäre etwas, was unser Land nachhaltig und langfristig schwächen würde.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss ein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger: Seien wir solidarisch, stehen wir zusammen, aber bitte nicht im Wortsinn. Denken wir an all die, die besonders gefährdet sind, übernehmen wir Verantwortung für uns und für unsere Mitmenschen. Zeigen wir uns in dieser Krise von unserer besten Seite!

(Allgemeiner Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Als nächsten Redner darf ich Herrn Dr. Dominik Spitzer aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Ich bin seit über zwanzig Jahren Hausarzt. In dieser Zeit gab es eine Situation wie diese noch nie, eine Pandemie, die mit einer hohen Sterblichkeit bei chronisch Kranken und älteren Menschen verbunden ist. Aus medizinischer und politischer Sicht ist klar: Die Verlangsamung der Corona-Ausbreitung und die Bekämpfung des Virus müssen höchste Priorität haben.

Zu Beginn der Ausbreitung war das Krisenmanagement auf mehreren Ebenen mehr als holprig, die Informationspolitik für die Bevölkerung, aber vor allem für die Leistungserbringer teils unzureichend. Für die Zukunft wünschen wir uns daher eine zentrale barrierefreie Informationsplattform, über die alle Informationen laufen. Künftig sollten wir auch besser auf mögliche Krisen im Gesundheitsbereich vorbereitet sein. Ich weise auf die Engpässe bei der Schutzausrüstung hin.

Seit Wochen versuchen meine Angestellten und ich, FFP2-Masken sowie Desinfektionsmittel zu organisieren – leider ohne Erfolg. Eine Empfehlung von Experten, in Verbindung mit Corona chronisch Kranke und über Sechzigjährige gegen Pneumokokken zu impfen, ist aufgrund nicht lieferbaren Pneumokokken-Impfstoffes derzeit nicht umsetzbar. Gleichzeitig sind immer mehr verordnungspflichtige Medikamente nicht lieferbar. Hier bedarf es einer baldigen europäischen Lösung.

Optimierungsbedarf sehen wir außerdem bei der sogenannten Corona-Hotline. Mir ist durchaus bewusst, dass sie aufgrund des momentanen Ansturms überlastet ist. Gerade deshalb sollten wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Eine KI-gesteuerte informative Telefonansage kann Anruferströme lenken und den Anrufer in der Wartezeit mit wichtigen Informationen versorgen.

Wir müssen auch nach Corona den öffentlichen Gesundheitsdienst aufstocken. Er war schon vor der Corona-Pandemie unterbesetzt. Das heißt: Wir fordern mehr Personal und eine bessere Vergütung der Angestellten in diesem Bereich. Noch immer dauern Testungen zu lange und sind organisatorisch optimierungsbedürftig. Wichtig wäre eine bevorzugte Testung systemrelevanter Personen. Ich selbst habe eine Mitarbeiterin, deren Testergebnis über eine Woche benötigte. Effiziente Probenentnahmen mit zeitnahem Ergebnis, wie Drive-in-Testlabore, können schnell helfen, Gewissheit zu haben und lange Quarantänezeiten zu vermeiden.

In den letzten Tagen ist eine Mehrung der Patienten mit Infekten, die die Hausarztpraxen aufsuchen, festzustellen. Um eine Ansteckung von chronisch Kranken und immungeschwächten Patienten zu verhindern, wären Fieberambulanzen oder Infektzentren denkbar. Personal könnte aus geschlossenen Reha-Einrichtungen, der Betriebsmedizin und aus den Sanitätsversorgungszentren der Bundeswehr generiert werden. Es geht darum, das Schlimmste zu verhindern, die Infektionsraten zu senken und die Pandemie zu verlangsamen, damit unsere intensivmedizinischen Ressourcen nicht überstrapaziert werden.

Ich danke allen, die solidarisch diese Krise zu meistern helfen. Vielen Dank, und bleiben auch Sie gesund!

(Allgemeiner Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Spitzer. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aussprache ist damit geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt, aber – das sage ich dazu – leider, leider

nicht das Thema. Ich möchte mich ausdrücklich noch einmal bei allen Seiten dieses Hauses sehr herzlich für die sehr sachbezogene Debatte bedanken.